



## Beschluss-Protokoll

der 1. und 2. Sitzung, Amtsjahr 2013-2014

Mittwoch, den 6. Februar 2013, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Dr. Conradin Cramer, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*  
*Regine Smit, II. Ratssekretärin*

**Abwesende:**

6. Februar 2013, 09:00 Uhr *Greta Schindler (SP), Rolf von Aarburg (CVP/EVP).*  
1. Sitzung

6. Februar 2013, 15:00 Uhr *Greta Schindler (SP), Rolf von Aarburg (CVP/EVP).*  
2. Sitzung

### Verhandlungsgegenstände:

1.	Eröffnung der Sitzung durch das älteste und das jüngste Ratsmitglied	2
2.	Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates	5
3.	Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates	9
4.	Wahl von fünf Beisitzerinnen / Beisitzern des Ratsbüros	10
5.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung	11
6.	Entgegennahme der neuen Geschäfte	13
7.	Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)	14
8.	Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder)	16
9.	Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder)	18
10.	Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder)	19
11.	Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder)	20
12.	Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder)	21
13.	Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder)	22
14.	Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder)	23
15.	Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder)	24
28.	Neue Interpellationen	25
16.	Wahl der Petitionskommission (9 Mitglieder)	28

23.	Bericht des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt - rechtliche Zulässigkeit der Initiative und weiteres Vorgehen	29
24.	Ratschlag betreffend Subventionen für Tanz- und Theaterprojekte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2013 bis 2016	29
16.	Wahl der Petitionskommission, Fortsetzung	31
17.	Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder)	32
25.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.0623.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2016	32
17.	Wahl der Begnadigungskommission, Fortsetzung	34
18.	Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder)	35
26.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 12.1870.01 betreffend Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums. Partnerschaftliches Geschäft	36
18.	Wahl der Disziplinarkommission, Fortsetzung	37
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	39
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	43
	Anhang C: Neue Vorstösse	45

## 1. Eröffnung der Sitzung durch das älteste und das jüngste Ratsmitglied

[06.02.13 09:01:08]

*Roland Lindner, ältestes Mitglied des Grossen Rates:*

Herr Regierungspräsident, Frau Regierungsrätin, Herren Regierungsräte (neu auch mit unserem Baschi Dürr), liebe Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne.

Ich habe als ältestes Mitglied dieses Rates die Ehre, zusammen mit der jüngsten Ratskollegin Sarah Wyss die neue Legislatur des Grossen Rates eröffnen zu dürfen. Ich hatte diese Ehre ja schon vor 4 Jahren.

Ich bitte deshalb die 22 neuen Ratsmitglieder kurz aufzustehen. Als Alterspräsident darf ich Euch in diesem schönen Saal begrüssen und wünsche Euch viel Erfolg und Freude für Euer Ehrenamt als Grossrätin oder Grossrat *[Applaus]*.

Ich habe 3 Fragen:

1. Warum trete ich in meinem Alter nochmals an?
2. Wie beurteile ich die Probleme in der Politik und was gibt es zu tun?
3. Was wünsche ich mir und uns für die nächsten 4 Jahre?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte gerne auf diese 3 Fragen kurz eingehen.

Erstens: Warum trete in meinem Alter nochmals an?

Ich habe mir diese Frage vor einem Jahr sehr gut überlegt, ob ich als ältester Grossrat nochmals eine Legislatur absolvieren will oder nicht.

Ich könnte natürlich diese Frage sehr salopp beantworten wie zum Beispiel: "ja warum denn nicht"?

Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer war ja noch wesentlich älter als ich oder Helmut Schmidt ist mit über 90 Jahren noch klarer im Kopf als viele junge Politiker und in China wäre ich jetzt bei den Jüngeren.

Nein meine Damen und Herren, darum geht es mir nicht. Ich trete nochmals an, weil ich erfolgreich gewählt wurde und eine Altersgruppe in Basel von 40 000 Seniorinnen und Senioren repräsentiere und vertrete.

Diese wichtige Altersgruppe hat in den letzten 40 Jahren als gute Bürger und Steuerzahler wesentlich zum Erfolg und zum Wohlstand der Stadt Basel beigetragen.

Und solange ich mit meinem Partner Paul Waldner erfolgreich ein Architekturbüro führen kann, solange bin ich auch überzeugt, auf Grund meiner langen beruflichen und politischen Erfahrung noch wichtige Impulse und Ideen im Rat und in den Kommissionen einbringen zu können.

Somit fühle mich einerseits meiner Altersgruppe verpflichtet wie auch der jungen Generation in Basel, welche ja unsere Zukunft repräsentiert. Ich freue mich somit auf mein Amt als Grossrat.

Doch ich möchte nicht nur von mir sprechen. Die zweite Frage ist für mich die zentralste und beschäftigte mich in der Vorbereitung dieser Rede entscheidend.

Wie beurteile ich die Probleme in der Politik und was gibt es zu tun?

Auf diese Frage gibt es keine kurze Antwort und ich möchte nicht einen besserwisserischen Monolog halten. Deshalb versuche ich kurz einen Quervergleich zu meinem Beruf zu schaffen.

Ich bin mein ganzes Leben Architekt gewesen. Ein Architekt ist ein Planer, oftmals ein Einzelkämpfer, aber er ist auch ein Teil eines grossen Ganzen.

Er muss sich gegenüber dem Auftraggeber präsentieren und mit seinen Ideen überzeugen.

Wenn ein Architekt das Geplante umsetzen kann, ist er auch ein Teamplayer. Er muss das Projekt überwachen, korrigieren und er ist auch das Sorgentelefon des Bauherrn.

Er kommt mit den unterschiedlichsten Menschen in Berührung verschiedener Herkunft und unterschiedlichen Fähigkeiten.

Wer schon mal auf einer Baustelle war, der weiss: Nur reine Theoretiker sind fehl am Platz. Es braucht Praktiker, die anpacken können.

Es kann nur funktionieren, wenn sich alle Menschen auf der Baustelle vom Bauführer bis zum Sanitärlehrling

und Hilfsarbeiter mit Respekt begegnen. Nur wenn sie miteinander sprechen und sich zwischenmenschlich einigermaßen verstehen können, sind sie auch in der Lage, für ihre Anliegen zu kämpfen. Und es darf auch mal etwas lauter werden.

Auf einer Baustelle, oftmals "Multi Kulti", geht es nur vorwärts wenn alle an einem Strang ziehen!

Sie merken sicher, worauf ich hinaus will. Ein Parlament, die Politik im Allgemeinen, ist eine Baustelle. Eine Kreativwerkstatt mit verschiedenen Ideen, Überzeugungen und Fähigkeiten.

Das heisst aber auch, dass wir - wie auf einer Baustelle - uns mit Respekt begegnen müssen. Wir müssen gemeinsame Lösungen für unseren Kanton finden, das heisst Sachpolitik betreiben.

Natürlich dürfen wir manchmal etwas plakativ auftreten, wir sind ja auch Konkurrenten für unsere Anliegen. Das ist gelebte Demokratie.

Hier in diesem Rat sind 7 Fraktionen vertreten, somit auch mindestens 7 unterschiedliche Meinungen. Auch in den Fraktionen gibt es Flügel und auch dort herrscht nicht immer Einigkeit. Das soll auch so sein, sonst wären wir ja alle in der gleichen Partei und hätten alle die gleichen Ideen. Korrigieren kann das Parlament nur als Gesamtes und das Volk ist die letzte Instanz in der Kette. Das Volk ist so gesehen der Bauherr.

So ist es auch nicht erstaunlich, dass an der Rückseite des Saals Darstellungen von Handel und Wissenschaft als Sinnbild abgebildet sind. Ebenso die Allegorien von Lüge und Wahrheit und die vier Haupttugenden - Klugheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Mässigung.

So stehen wir auch in der nun beginnenden Legislatur immer wieder vor der Frage der Zusammenarbeit. Gerade im Zusammenhang mit dem Baselbiet sollte das Motto "Einer für alle, alle für einen" immer wieder in Erinnerung gerufen werden.

Ich meine damit nicht nur ein so umstrittenes Projekt wie die Kantonsfusion. Nein es fängt schon im "Kleinen" an. Zum Beispiel bei der Uni Basel, den Spitälern in Stadt und Land, dem gemeinsamen Biozentrum oder dem Theater.

Diese und viele weitere partnerschaftliche Geschäfte gibt es zu bearbeiten. Sie wissen es besser als ich. Ich verzichte auf eine Auflistung.

Nehmen wir uns deshalb zu Herzen: Wie auf der Baustelle so auch im Rat braucht es Jede und Jeder, egal welcher Herkunft, egal welcher Parteicouleur.

Damit bin ich schon bei den Wünschen angelangt und komme zur dritten Frage: was wünsche ich mir und uns für die nächste Legislatur?

Zuerst wünsche ich mir für uns Allen eine gute Gesundheit. Wenn wir an unseren verstorbenen Kollegen Peter Malama denken, ist die Gesundheit auch für junge Politiker nicht selbstverständlich.

Sodann wünsche ich mir, dass wir uns alle im Rat immer bewusst sind, dass wir nicht nur wegen unseren Parteien gewählt wurden, sondern primär und vor allem zum Wohl und Gedeihen unserer schönen Stadt Basel.

In diesem Sinne schliesse ich hiermit meine Antrittsrede und übernehme heute Morgen den Kaffee. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *[Applaus]*.

*Sarah Wyss, jüngstes Mitglied des Grossen Rates:*

Sehr geehrte Regierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe MedienvertreterInnen, liebe Mitarbeitende des Parlamentsdienstes, liebe Gäste auf der Tribüne und liebe Genossinnen und Genossen

Als junge, häuserbesetzende, linksextreme, freche, weibliche, energische, extravagante oder zielstrebige Jungpolitikerin haben mich im Vorfeld die Medien bezeichnet. Wäre ich wirklich hier, wenn dies alles zutreffen würde? Wohl kaum. Ja, ich bin jung und ja ich bin eine Frau. Dies können die wenigsten unter uns hier von sich behaupten. In dieser Legislatur hat der Frauenanteil sogar abgenommen.

Als 1966 das Frauenstimm- und Wahlrecht erstmals in Basel zur Anwendung kam, wurden gerade einmal 11% Frauen in den Grossen Rat gewählt. Als ich - gut 20 Jahre später -1988 geboren wurde, zählte der Rat erst 27% Frauen. Dieser Anteil stieg bis 2008 - nochmals 20 Jahre später - kontinuierlich auf 37% an. Heute sitzen nur 31 Frauen in diesem 100köpfigen Rat. Schon nur die Tatsache, dass es hier - selbst beinahe 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts in Basel - nicht einmal annähernd eine ausgeglichene Geschlechterverteilung gibt, weist auf einen klaren Handlungsbedarf hin. So hoffe ich, dass wir uns Alle dafür einsetzen werden, dass die Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier erfüllt wird, sondern auch in Realität gelebt wird.

Wir sind verschieden und vertreten unterschiedliche Meinungen - nicht immer werden wir uns in dieser Legislatur einig werden können. Und doch ist es unsere Pflicht, uns als Ratsmitglieder für die Anliegen der

gesamten Bevölkerung einzusetzen. Auch wenn wir uns um einen Konsens bemühen, wird Jede und Jeder hier das eine oder andere Mal in der Minderheit sein und seine Anliegen nicht vertreten sehen. Ich werde dann trotzdem weiterarbeiten, für eine konstruktive Politik eintreten und den Kopf nicht in den Sand stecken. Denn: Dem Kanton steht in dieser Legislatur einiges bevor.

Als internationale Stadt dürfen wir nicht abhängig sein von wenigen. Deshalb müssen die KMUs gestärkt werden, Grosskonzerne dürfen uns nicht erpressen können. Vergessen Sie nicht: Die Politik ist legitimiert, Rahmenbedingungen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben zu setzen - und nicht die Wirtschaft! Wir leben in einer direkten Demokratie, nicht in einer Wirtschaftsoligarchie.

Für einen guten Wirtschaftsstandort reicht es nicht, wie das Beispiel der Kantone Luzern oder Basel-Landschaft zeigt, jahrelang Steuern zu senken - vielmehr muss zukunftsorientiert investiert werden: in den öffentlichen Verkehr, in die Bildung, in die Kultur, in den Forschungsstandort Basel mit der Universität und in die Betriebe mit Ausbildungsplätzen. Nicht zuletzt muss gewährleistet sein, dass Lehrlinge nach ihrem Abschluss weiterhin eine Beschäftigung haben. Es ist wichtig, dass wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Besonders für junge Leute ist es schlimm, den Berufseinstieg nach der Lehre oder dem Studium nicht zu schaffen.

Zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort gehören auch lebenswerte Löhne. Das bedeutet: Jede und jeder soll von seiner Arbeit leben können. Der Mindestlohn ist meines Erachtens ein guter Ansatz, den die Politik der Wirtschaft im Minimum vorschreiben sollte. Ebenso sinnvoll scheint es mir, eine Lohnbeschränkung gegen oben vorzunehmen. Denn nicht einmal der abtretende Verwaltungsratspräsident der Novartis leistete 720 Mal mehr als seine am schlechtesten bezahlte Mitarbeiterin im Unternehmen. 40.3 Millionen Franken Jahresgehalt sind zu viel. Da muss meines Erachtens die Politik eingreifen und Rahmenbedingungen setzen. Die Initiative 1:12 ist dafür die richtige Antwort.

Ein guter Wirtschaftsstandort Basel alleine reicht nicht aus, um all den gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen zu sein. Basel braucht mehr, und Basel kann mehr. Basel kann eine pluralistische Gesellschaft wirklich leben. Es braucht eine soziale und offene Gesellschaft, in der niemand an den Rand gedrängt wird, eine Gesellschaft, wo Jeder und Jede einen Platz hat.

Wir alle haben unseren Platz gefunden - zumindest auf den Bänken hier im Grossratsaal. Dies bedeutet Verantwortung, eine Verantwortung, die wir wahrnehmen müssen. Für Basel, für die Schweiz und für die internationale Gemeinschaft.

Denken Sie hin und wieder an ihre Kinder oder Enkelkinder - oder wenn Sie mögen, gerne auch an mich - wenn Sie Verantwortung übernehmen. Denn wie jene, werde ich als Ratsjüngste wohl am längsten von unseren Entscheidungen hier betroffen sein.

Ich wünsche uns allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine gute Legislatur mit lebhaften Kontroversen, lustvollen Debatten und weisen Entscheiden. Ich freue mich darauf!

Herzlichen Dank! *[langer Applaus]*

## 2. Wahl der Präsidentin / des Präsidenten des Grossen Rates

[06.02.13 09:17:02, WGE]

*Sarah Wyss, jüngstes Mitglied des Grossen Rates:* Ich bezeichne folgende Damen und Herren als Stimmzählende für alle geheimen Wahlen in der heutigen Sitzung und der Fortsetzungssitzung von morgen Donnerstag:

- Daniel Stolz (FDP) als Leiter des Wahlbüros
- Beatriz Greuter (SP), Sektoren I und V
- Elisabeth Ackermann (GB), Sektor II
- Joël Thüring (SVP), Sektor III
- Lukas Engelberger (CVP), Sektor IV

Sekretärin des Wahlbüros: Sabine Canton.

Wir schreiten zur Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin des Grossen Rates für das Amtsjahr 2013 / 2014. Die Fraktion LDP schlägt als Präsidenten des Grossen Rates für das Amtsjahr 2013/2014 **Conradin Cramer** vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

*Eric Weber (fraktionslos): beantragt* die Wahl von Martin Gschwind (fraktionslos).

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

### Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	98
Eingegangene Wahlzettel	98
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	98
Absolutes Mehr	50

#### Gewählt ist:

<b>Conradin Cramer</b> , mit	90 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Martin Gschwind	2
Vereinzelte	1
Leere Stimmen	5

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Sarah Wyss, jüngstes Mitglied des Grossen Rates:* ich gratuliere Conradin Cramer ganz herzlich zu seiner Wahl und bitte ihn jetzt, auf dem Stuhl des Präsidenten Platz zu nehmen.

### Antrittsrede des Grossratspräsidenten

Herr Regierungspräsident,  
Frau Regierungsrätin,  
Herren Regierungsräte,  
Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen,  
Meine Damen und Herren

Es ist, finde ich, eine schwierige Aufgabe, Mitglied des Grossen Rats zu sein. Man sitzt hier auf seinem Klappstuhl, tigert durch das Vorzimmer, versucht Journalisten aus dem Weg zu gehen oder sucht sie und dann fragt man sich plötzlich: *Was mache ich hier eigentlich?* Wenn man etwas länger im Grossen Rat ist, also mehr als rund drei Monate, beschleicht einen gar manchmal ein Gefühl der Ohnmacht. Eine wörtlich verstandene Ohnmacht natürlich, also ein Gefühl der Machtlosigkeit. Ich weiss nicht, ob es Ihnen auch so geht, da ich nicht in sie hineinsehe, und vielleicht sind meine Vorzimmergefühle nur Ausdruck einer Identitätskrise, die angeblich ja viele Männer zwischen dreissig und vierzig beschleichen soll. Ich frage mich aber doch, ob dieses Ohnmachtsgefühl seine Ursache vielleicht nicht in meiner psychischen Disposition hat, sondern in der grossrätlichen Realität. Ganz konkret frage ich mich, ob Sie und ich, ob wir alle als Grossratsmitglieder, vielleicht wirklich ohnmächtig, also *ohne Macht*, sind.

Ein Parlament hat ja klassischerweise drei Hauptaufgaben: Es erlässt die Gesetze, es hat das Budgetrecht und es kontrolliert die Regierung. Das allerdings klingt nach Macht. Gesetze erlassen wie früher der Fürst, dabei auf dem Staatssäckel sitzen und die ausführende Gewalt wie eigene Be-dienstete überwachen.

Aber schauen wir genauer hin: Tatsächlich, wir erlassen munter Gesetze im Grossen Rat. Nur hängt die Rechtswirksamkeit unserer Gesetze nicht von uns. Wie es uns die Verfassung nahelegt, fügen wir am Ende jedes Gesetzes kleinlaut die sogenannte Referendums Klausel ein. Diese Referendums Klausel weist unseren Rechtsschöpfungs-Elan in die Schranken: Gesetzesbeschlüsse stehen immer unter dem Vorbehalt einer Volksabstimmung.

Selbstverständlich genehmigen wir das Budget des Kantons. Ohne diese Genehmigung dürfte der Regierungsrat nur die geradezu unerlässlichen Ausgaben tätigen. Darüber könnte er nur noch die Spieleinsätze der Lottoverlierer im Lotteriefonds und die Batzen in seinem Kompetenzkässeli ausgeben. Wenn wir das nicht wollen - und wir wollen es ja nicht - dann müssen wir das Budget genehmigen, gefangen in den Sachzwängen der gebundenen Ausgaben. Wir dürfen aber nicht nur nichts ausgeben, sondern auch nicht das Gegenteil: Nämlich beliebig viel ausgeben. Denn schon beim Betrag von 1,5 Millionen Franken ist Ende Kompetenz, also - wenn man so will - bei gerade mal 15'000 Franken pro Grossratsmitglied oder bei rund drei Zehntausendstel der jährlichen kantonalen Ausgaben. Alles was mehr kostet - wenn man es nicht schon wüsste, man würde es erraten: Wieder das Volk, wieder das Referendumsrecht, wieder sind es nicht wir, die endgültig entscheiden.

Bleibt uns die dritte grosse Parlamentsaufgabe: die Kontrolle der Regierung. Nun, wir kontrollieren die Regierung, und das durchaus mit Lust und List. Aber unsere Kontrolle ist nicht viel mehr als eine Neckerei, ein wohlwollendes bis säuerliches Gehänsel. Denn die Regierungsräte sind von uns nicht abhängig. Wir können sie nicht etwa absetzen oder impeachen oder mit konstruktiven Misstrauensvoten austauschen. Die Regierungsräte sind direkt gewählt, sogar kantonsweit, während wir uns ja nur in unseren Wahlkreisen durchsetzen mussten. Und seit der Verfassungsgeber es klug fand, das Regierungspräsidium nicht mehr jährlich rotieren zu lassen, haben wir nicht einmal mehr einen symbolischen Einfluss auf die Zusammensetzung des Regierungsrats. Unser bisschen Kommissionskontrolle kann die glorreichen Sieben nicht aus dem Tritt oder dem Trotts bringen.

Wir sind, wenn man das zusammenfasst, also eingeklemmt zwischen dem Stimmvolk auf der einen Seite, das uns nicht nur alle vier Jahre die Leviten liest, sondern jeden nennenswerten Beschluss zu Fall bringen kann. Auf der anderen Seite klemmt der Regierungsrat, der mit der Macht des Faktischen aufwartet und uns von Bundeskompetenzen oder gebundenen Ausgaben erzählt, für die er nichts kann und jedenfalls nichts können will.

Wenn man sich der Rolle unserer eingeklemmten Legislative bewusst wird, von der jede und jeder von uns nur ein Hundertstel darstellt, kann man leicht in eine parlamentarische Sinnkrise stürzen: Wir sind ohnmächtig. Wir haben als Kollektiv nur wenig zu sagen und als Einzelne gar nichts.

Nachdem ich nun die Kulissen unserer Parlamentsherrlichkeit demontiert habe, möchte ich sie wieder aufstellen. Ich bin nämlich sehr entschieden der Meinung, dass der Grosse Rat wichtig ist, und dass wir hier drinnen die Möglichkeit haben, etwas Sinnvolles zu leisten. Das muss, nachdem ich Ihnen unsere eigene Machtlosigkeit in ihrem ganzen erschreckenden Umfang ausgebreitet ha-be, begründet sein. Ich komme dabei

nicht ohne Dialektik aus: Die Stärke des Grossen Rates liegt gerade in seiner Machtlosigkeit. Wer fast keine oder nur beschränkte Macht hat, ist auf das *Argument* angewiesen. Wir müssen ja nicht nur uns selbst überzeugen, sondern immer auch unsere lieben Wählerinnen und lieben Wähler, die sich auf einmal in gefrässige Stimmbürger verwandeln. Und wenn wir Erfolg haben wollen, müssen wir auch den Regierungsrat mindestens so weit überzeugen, dass er sich nicht mit vierzehn Händen und vier-zehn Füßen gegen eine parlamentarische Idee wehrt. Dieser ständige Argumentationszwang stärkt die Qualität. Kann sie stärken. Da wir fast keine endgültig beschliessende Macht haben, können wir uns auf nichts ausruhen, können wir unserer Position nie sicher sein.

Unser Parlamentsmandat gibt uns immerhin ein paar Hilfsmachtmittel, die unseren Argumenten helfen: So haben wir die Möglichkeit, Ideen unmittelbar einzubringen, wir können Öl in die Maschine giessen oder, falls die Maschine uns gar nicht passt, auch Sand streuen. Wir haben ein beachtetes Forum, um uns zu äussern, und wenn wir uns überlegt äussern, klug äussern, pointiert äussern, haben wir die Chance gehört zu werden und zu überzeugen. Das ist viel. Das ist nach meiner Meinung die Essenz des Parlamentsbetriebs in der direkten Demokratie.

Wir haben einen weiteren Vorteil, der uns sachliche Legitimität verschafft gegenüber den beiden, die uns so bedrängen, also gegenüber dem Regierungsrat und der Bevölkerung: Unser Vorteil ist, dass wir Milizparlamentarier sind. Wir leben nicht von unserem Parlamentsmandat. Wir sind Berufsleute (oder waren es bzw. werden es sein). Wir tun nicht etwas grundlegend anderes, als diejenigen, die uns bitte wählen sollen, denen wir Gesetze vorlegen und deren Steuergelder wir ausgeben wollen. Wir kennen sozusagen das wirkliche Leben und wir bringen unsere Erfahrungen als Sozialarbeiter, Geografin, Markthändler, Apothekerin, Verkehrsingenieur, Psychologin, Grenzwächter, Tierärztin oder Gastwirt ein (um nur ein paar Beispiele zu nennen, und dabei die Juristen vornehm auszuklammern).

Dieses Milizsystem, unsere grosse Stärke, fordert uns. Es zwingt uns als *Generalisten* zu einer gewissen *Spezialisierung*: wir sind genötigt, uns ein Stück dieses üppigen Kantonskuchens genauer anzusehen und dann zu zerlegen, sonst überessen wir uns. Ganz konkret sind unsere Kommissionen der Ort, wo wir mit ein bisschen Erfahrung und mit Dossierkenntnis an das Wissen der Fachleute heran kommen können, mindestens so weit, dass wir nicht nur generell kluge Fragen stellen, sondern auch im Speziellen nachbohren können. Die Kommissionen sind meines Erachtens mit viel Liebe zu hegende Pflanzen. Und sie bringen mich endlich dazu, Ihnen ein paar gut und vor allem völlig ernst gemeinte Ratschläge mit in die neue Legislatur zu geben: Ehren wir die Kärnerarbeit in den Kommissionen. Investieren wir Zeit und Energie in diese Arbeit. Wer vor einer Kommissionssitzung die Akten nicht gelesen hat, macht das Milizsystem verächtlich und kommt seiner Verantwortung nicht nach.

Das Milizprinzip bedeutet auch *Unabhängigkeit*: Unabhängigkeit von der Politik als einzigem Broterwerb und damit auch Unabhängigkeit von der Partei. Der Partei- oder Fraktionszwang ist unserem System fremd. Hier im Grossen Rat darf - ja muss - jede Parlamentarierin und jeder Parlamentarier nach persönlicher Überzeugung stimmen. Das ist unbequem, vor allem für uns selber, denn es bringt mit sich, dass wir eine persönliche Überzeugung manchmal auch gegen eigene Parteifreunde äussern müssen. Für mich ist der Mut das zu tun, Teil unserer Verantwortung.

Das Milizprinzip bedeutet auch *Selbstbeschränkung*: Wir sind nur dann so gut, wie wir sein können, wenn wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Das geht nur, wenn wir die Grossratstätigkeit so organisieren, dass wir daneben Zeit finden, einen Beruf zu haben, eine Familie zu haben, Hobbies zu haben, kurz: normal zu leben. Zu dieser Konzentration auf das Wesentliche kann ich als Grossratspräsident vielleicht für ein Jahr ein bisschen mehr als nur ein Hundertstel beitragen. Aber die Verantwortung, die liegt bei Ihnen: Sie müssen entscheiden, ob es die zehnte Interpellation noch braucht, ob Sie damit wirklich etwas Gutes, Sinnvolles für unseren Kanton tun, oder ob Ihre Fragen nicht mit einem Telefonat beantwortet werden könnten. Sie müssen entscheiden, ob Sie ihren Wählerinnen und Wählern so wenig Verstand zutrauen, dass diese sich von der Zahl von persönlichen Vorstössen beeindrucken lassen. Sie müssen entscheiden, ob Sie ernst genommen werden wollen von denjenigen, die Ihre politische Meinung nicht teilen. Das alles ist Ihre individuelle Verantwortung. Ich finde wir können gegenseitig von uns verlangen über alle Parteigrenzen hinweg, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden.

Lassen Sie mich mein Plädoyer zusammenfassen: Wer sich als Grossrat manchmal ohnmächtig fühlt, irrt nicht und muss den Fehler gar nicht bei sich selbst suchen, denn wir sind formell mit ganz geringen Machtmitteln ausgestattet. Umso stärker, umso besser müssen wir argumentieren, um uns bei der Bevölkerung und beim Regierungsrat mit seiner Verwaltung Gehör zu verschaffen. Wir sollten uns nicht hinter Parteipositionen verstecken, sondern als Individuen mit ganz unterschiedlichen beruflichen Kenntnissen und Lebenserfahrungen sprechen. Mir scheint es entscheidend, dass wir uns in den Kommissionen Wissen und Kenntnisse erarbeiten und diese unseren Fraktionskollegen, aber auch anderen zur Verfügung stellen. Für mich ist es weiter wesentlich, dass wir unsere beschränkten Ressourcen mit Bedacht und mit Mass einsetzen, dass wir keine Selbstverwirklichung betreiben, dass wir uns nicht mit Vorstössen zudröhnen, die es so schon gab, aber von jemand anderem. Ich finde, so ein Grossratsmandat ist eine schwierige, eine verantwortungsvolle Aufgabe. Ich finde aber auch, dass jede und jeder Einzelne von uns es in der Hand hat, dieser Verantwortung gerecht zu werden, und dass wir das Verantwortungsgefühl voneinander einfordern



dürfen.

Nun, für Sie alle und vor allem für diejenigen, die meine Worte als angriffig empfunden haben - was hoffentlich einige haben, denn die Rede war durchaus nicht lieb gemeint -, für Sie alle, möchte ich nun meinen ebenfalls ehrlich gemeinten Dank abstaten: Ich danke Ihnen, dass Sie mich mit so vielen Stimmen zu Ihrem Präsidenten gewählt haben, und ich danke meiner Fraktion, dass sie ihrem jüngsten Mitglied dieses Amt zutraute und hoffentlich immer noch zutraut. Ich will mein Bestes geben, um meinem nicht machtvollen, aber auch nicht ohnmächtigen Amt gerecht zu werden.

Ich erkläre das erste Amtsjahr der 42. Legislatur des Grossen Rates als eröffnet *[langer anhaltender Applaus]*.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Sie mussten mir lange zuhören und müssen es noch ein bisschen länger für einige Begrüssungen:

Die neugewählten Grossratsmitglieder wurden schon begrüsst vom Alterspräsidenten.

Bekanntlich hat ein wiedergewähltes Grossratsmitglied schnöde auf sein Amt verzichtet, weil er ein anderes Amt attraktiver fand: Ich freue mich, Regierungsrat Baschi Dürr heute in gewohnter Frische, aber in neuer Funktion erstmals im Grossen Rat zu begrüssen und ich wünsche ihm für sein Amt alles Gute. *[Applaus]*

Dann ist es mir eine besondere Freude, prominenten Besuch aus unmittelbarer Nachbarschaft auf der Tribüne begrüssen zu dürfen. Herr Landratspräsident Jürg Degen, seien Sie herzlich willkommen! Wir haben heute bereits ein partnerschaftliches Geschäft traktandiert und viele weitere werden in der neuen Legislatur folgen. Lieber Jürg, es ist uns eine Ehre, dass Du uns beim Konstituieren zuschaust, und es ist ein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit der beiden Kantone, bei der unsere beiden Parlamente ja eine ganz wesentliche Rolle spielen *[Applaus]*.

Auf der Tribüne ist auch Willi Fischer, Gemeindepräsident von Riehen, anwesend. Ich heisse ihn ebenfalls herzlich willkommen. *[Applaus]*

### 3. Wahl der Statthalterin / des Statthalters des Grossen Rates

[06.02.13 09:54:30, WGE]

Die Fraktion FDP schlägt als Statthalter des Grossen Rates für das Amtsjahr 2013/2014 **Christian Egeler** (FDP) vor.

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

#### Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	98
Eingegangene Wahlzettel	98
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	97
Absolutes Mehr	49

#### Gewählt ist:

**Christian Egeler**, mit 90 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Vereinzelte	2
Leere Stimmen	5

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

#### 4. Wahl von fünf Beisitzerinnen / Beisitzern des Ratsbüros

[06.02.13 10:12:31, WGE]

Zur Wahl als Beisitzerinnen und Beisitzer des Ratsbüros sind folgende Ratsmitglieder vorgeschlagen:

Mirjam Ballmer (GB), Martina Bernasconi (GLP), Remo Gallacchi (CVP), Dominique König-Lüdin (SP) und Joël Thüring (SVP).

Die Wahl findet usanzgemäss geheim statt.

Die Wahlzettel werden ausgeteilt und wieder eingesammelt.

##### Wahlergebnis

Ergebnis des 1. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	93
Eingegangene Wahlzettel	93
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	93
Absolutes Mehr	47

##### Gewählt sind:

<b>Martina Bernasconi</b> , mit	90 Stimmen
<b>Remo Gallacchi</b> , mit	90 Stimmen
<b>Mirjam Ballmer</b> , mit	89 Stimmen
<b>Dominique König-Lüdin</b> , mit	87 Stimmen
<b>Joël Thüring</b> , mit	66 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Vereinzelte	3 Stimmen
Leere Stimmen	40

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

#### 5. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[06.02.13 10:45:24, MGT]

##### Mitteilungen

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* ich habe Ihnen verschiedene Mitteilungen zu machen:

##### Hinschied von Sonja Kaiser-Tosin

Am 26. Januar 2013 ist Frau Sonja Kaiser-Tosin verstorben. Sonja Kaiser war von 1984 bis 1993 Mitglied des Grossen Rates und bis zu ihrem Tod Bürgerrätin. Ihr Einsatz für das soziale Basel war gross und auch als wichtige, integrierende Figur des politischen Lebens hinterlässt sie eine Lücke. Es ist mir ein Anliegen, im Namen des Grossen Rates den Angehörigen von Sonja Kaiser unser Beileid auszusprechen.

### **Neue Interpellationen**

Es sind 8 neue Interpellationen eingegangen.

Die Interpellationen Nr. 2, 5, 6 und 8 werden mündlich beantwortet.

### **Schriftliche Anfragen**

Es sind folgende Schriftlichen Anfragen eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend illegale Plakatierungen (13.5055)
- Schriftliche Anfrage Patrick Hafner betreffend Kundenfreundlichkeit Parkhaus City (13.5056)
- Schriftliche Anfrage André Auderset betreffend gefährlicher Dauer-Sperre der Gärtner-Brücke (13.5057)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Politikverdrossenheit (13.5061)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Neu-Grossräte sind nur Grossräte zweiter Klasse (13.5062)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Regierungseinladung an die Fasnacht (13.5063)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Freikarten für Grossräte (13.5064)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Personenschutz für RR Eymann (13.5065)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend kostenloses Tram für alle Parlamentarier (13.5066)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Sicherheitsvorkehrungen beim Kanton Basel-Stadt (13.5067)
- Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Skandal-Preise bei den Basler Fähren (13.5068)
- Schriftliche Anfrage Franziska Reinhard betreffend Aufnahmebedingung für die Berufsmatura (13.5072.01).
- Schriftliche Patrick Hafner betreffend korrekte Vergabe von Lotteriefondsgeldern? (13.5073.01).

Die Schriftlichen Anfragen werden dem Regierungsrat zur Beantwortung innert drei Monaten überwiesen.

### **GO-Büchlein**

Auf Ihrem Tisch liegt neben den Anträgen der Fraktionen zu den Wahlen und zu den Sachgeschäften auch ein Sonderdruck der Gesetzessammlung mit den wichtigsten Erlassen, welche für die Arbeit des Parlamentes gebraucht werden. In meinem Studium habe ich gelernt, dass ein Blick ins Gesetz die Rechtskenntnis stärkt. Insbesondere die beiden ersten Erlasse, nämlich die Geschäftsordnung und die Ausführungsbestimmungen zur Geschäftsordnung empfehle ich Ihnen zur sorgfältigen Lektüre.

### **Foto-Studio im zweiten Stock**

Wie immer an der konstituierenden Sitzung werden die Mitglieder des Grossen Rates in einer einheitlichen Umgebung von einem Profi fotografiert. Ich bitte Sie, sich heute oder morgen Vormittag im zweiten Stock beim Fotografen zu melden.

### **Kaffee**

Alterspräsident Roland Lindner spendiert uns heute Morgen verdankenswerterweise den Kaffee, wie er in seiner Antrittsrede angekündigt hat. Herzlichen Dank!

In der SVP-Fraktion sind noch mehr Männer besten Alters. Einer davon, Bruno Jagher, durfte gestern einen runden Geburtstag feiern und er spendiert uns den Kaffee heute Nachmittag. Wir gratulieren ihm sehr herzlich und bedanken uns für das Sponsoring im Käffeli *[Applaus]*

### Tagesordnung

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, die Traktanden 25 und 26, nämlich die **Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz** und die **Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums** mit Dringlichkeit zu behandeln. Die Frist von drei Wochen gemäss § 20 AB für den Versand der Unterlagen konnte in beiden Fällen um wenige Tage nicht eingehalten werden.

Für die Behandlung mit Dringlichkeit braucht es die Zustimmung eines Zweidrittelmehr.

### Abstimmung

JA heisst Dringliche Behandlung der Traktanden 25 und 26, NEIN heisst keine dringliche Behandlung.

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 1, 06.02.13 10:50:30]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Traktanden 25 und 26, nämlich die **Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz** und die **Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums** mit Dringlichkeit zu behandeln.

Der Regierungsrat hat die Interpellationen 119 und 120 von Dominique König und Heidi Mück betreffend Messe-Baustelle gemeinsam beantwortet. Ich beantrage Ihnen deshalb, die beiden Traktanden 45 und 46 zusammen zu legen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Traktanden 45 und 46 gemeinsam zu behandeln.

*Eric Weber (fraktionslos):* **beantragt**, eine persönliche Erklärung abzugeben und beantragt ausserdem, dass der Rat über diesen Antrag abstimmt.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Wir können über diesen Antrag nicht abstimmen. Es gibt keine Möglichkeit, über eine persönliche Erklärung abzustimmen. Eine persönliche Erklärung steht dann zur Verfügung, wenn ein Ratsmitglied angegriffen wurde

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen.**

## 6. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[06.02.13 10:54:29, ENG]

### Zuweisungen

#### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

### Kenntnisnahmen

#### Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Schreiben des Ratsbüros zu den Anzügen Annemarie von Bidder und Konsorten betreffend Ausbau der Kompetenzen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie betreffend Errichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariates der IGPKSs (stehen lassen) (Ratsbüro, 10.5390.02 10.5391.02)
- Bericht des Regierungsrates über die ihm erteilten Aufträge (abgeschlossen per 31. Dezember 2012) (STK, 12.2073.01)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sebastian Frehner betreffend Taxi-Fahrten von Asylsuchenden auf Staatskosten (WSU, 12.5282.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann zu den möglichen Massnahmen bei den kurzfristigen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte (WSU, 12.5296.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Andreas Ungricht zur Stärkung der Standortförderung im Bereich chemische Industrie (WSU, 12.5249.02)
- Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Samuel Wyss betreffend Gefährdung der Basler Bevölkerung insbesondere Kinder durch unsachgemäss respektive fehlende Entsorgung von gebrauchten Fixerutensilien (Spritzen von Drogenabhängigen) ? zum Zweiten (GD, 12.5272.02)
- Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Reinhard und Konsorten für einen kinder- und jugendgerechten Schulstart (stehen lassen) (ED, 10.5292.02)

## 7. Wahl der Finanzkommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 10:54:55, WAK]

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Wir kommen jetzt zu einer Verfahrensfrage:

Ich beantrage Ihnen, die Wahlen in den Traktanden 7 - 22 offen durchzuführen, sofern jeweils die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind.

Falls Sie der offenen Wahl global zustimmen, können Sie bei einzelnen Kommissionen geheime Wahl der Mitglieder oder des Präsidiums beantragen, sobald das entsprechende Geschäft aufgerufen wird. Falls Sie global der offenen Wahl nicht zustimmen, werden alle Wahlgeschäfte geheim durchgeführt.

Für eine offene Wahl braucht es in jedem Fall die Zustimmung eines Zweidrittelmehr.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Wir stimmen jetzt über die offene Wahl in den Traktanden 7 - 22 in globo ab unter dem Vorbehalt, dass nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind und dass beim einzelnen Wahlgeschäft nicht geheime Wahl beschlossen wird.

### **Abstimmung**

JA heisst offene Wahlen in den Traktanden 7 - 22 global unter den genannten Vorbehalten. NEIN heisst, die Wahlen sind in jedem Fall geheim durchzuführen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**95 Ja, 0 Nein.** [Abstimmung # 2, 06.02.13 10:57:22]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Wahlgeschäfte in den Traktanden 7 - 22 offen durchzuführen, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind und beim einzelnen Wahlgeschäft nicht geheime Wahl beschlossen wird.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Zu den Wahlen ist keine Diskussion mehr möglich.

Als Mitglieder der Finanzkommission vorgeschlagen sind:

Elisabeth Ackermann, Mustafa Atici, Peter Bochsler, Patrick Hafner, Eveline Rommerskirchen, Michel Rusterholtz, Greta Schindler, Sabine Suter, Heinrich Ueberwasser, Patricia von Falkenstein, André Weissen, Dieter Werthemann, Sarah Wyss.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### **Benützung der Abstimmungsanlage als Wahlanlage**

### **Abstimmung**

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl. Enthaltung heisst: Sie legen eine leere Stimme ein. Dabei ist zu beachten, dass Enthaltungen für das absolute Mehr mitzählen. Wenn Sie nichts drücken, nehmen Sie an der Wahl nicht teil.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**94 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 3, 06.02.13 10:59:23]

### **Der Grosse Rat wählt**

als Mitglieder der Finanzkommission:

**Elisabeth Ackermann** (GB)  
**Mustafa Atici** (SP)  
**Peter Bochsler** (FDP)  
**Patrick Hafner** (SVP)  
**Eveline Rommerskirchen** (GB)  
**Michel Rusterholtz** (SVP)  
**Greta Schindler** (SP)  
**Sabine Suter** (SP)  
**Heinrich Ueberwasser** (SVP)  
**Patricia von Falkenstein** (LDP)  
**André Weissen** (CVP/EVP)  
**Dieter Werthemann** (GLP)  
**Sarah Wyss** (SP)

Als Präsident der Finanzkommission vorgeschlagen wird: **Patrick Hafner** (SVP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**87 Ja, 1 Nein, 8 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 4, 06.02.13 11:00:27*]

#### **Der Grosse Rat wählt**

**Patrick Hafner** zum Präsidenten der Finanzkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* ich werde jeweils, wenn das Ergebnis so eindeutig ist, das absolute Mehr nicht ausrechnen. Falls es je knapp sein sollte, würden wir jeweils eine kurze Pause machen und das absolute Mehr berechnen.



## 8. Wahl der Geschäftsprüfungskommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:01:11, WAK]

Als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission vorgeschlagen sind:

Talha Ugur Camlibel, Thomas Gander, Michael Koechlin, Urs Müller-Walz, Franziska Roth-Bräm, Eduard Rutschmann, Tobit Schäfer, Helen Schai-Zigerlig, Urs Schweizer, Thomas Strahm, Joël Thüring, Christian von Wartburg, Kerstin Wenk.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**88 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 5, 06.02.13 11:02:24]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission:

**Talha Ugur Camlibel** (GB)  
**Thomas Gander** (SP)  
**Michael Koechlin** (LDP)  
**Urs Müller-Walz** (GB)  
**Franziska Roth-Bräm** (SP)  
**Eduard Rutschmann** (SVP)  
**Tobit Schäfer** (SP)  
**Helen Schai-Zigerlig** (CVP/EVP)  
**Urs Schweizer** (FDP)  
**Thomas Strahm** (LDP)  
**Joël Thüring** (SVP)  
**Christian von Wartburg** (SP)  
**Kerstin Wenk** (SP)

Als Präsident der Geschäftsprüfungskommission vorgeschlagen wird: **Tobit Schäfer** (SP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 6, 06.02.13 11:03:20]

### Der Grosse Rat wählt

**Tobit Schäfer** zum Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 9. Wahl der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:03:40, WAK]

Als Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission vorgeschlagen sind:

Sibel Arslan, André Auderset, Pasqualine Balmelli-Gallacchi, Nora Bertschi, Toni Casagrande, David Jenny, Danielle Kaufmann, Murat Kaya, Ursula Metzger, Otto Schmid, Karl Schweizer, Tanja Soland, Emmanuel Ullmann.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**94 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 7, 06.02.13 11:04:50]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission:

**Sibel Arslan** (GB)

**André Auderset** (LDP)

**Pasqualine Balmelli-Gallacchi** (CVP/EVP)

**Nora Bertschi** (GB)

**Toni Casagrande** (SVP)

**David Jenny** (FDP)

**Danielle Kaufmann** (SP)

**Murat Kaya** (FDP)

**Ursula Metzger** (SP)

**Otto Schmid** (SP)

**Karl Schweizer** (SVP)

**Tanja Soland** (SP)

**Emmanuel Ullmann** (GLP)

Als Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission vorgeschlagen wird: **Tanja Soland** (SP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**94 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 8, 06.02.13 11:06:04]

### Der Grosse Rat wählt

**Tanja Soland** zur Präsidentin der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 10. Wahl der Gesundheits- und Sozialkommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:06:20, WAK]

Als Mitglieder der Gesundheits- und Sozialkommission vorgeschlagen sind:

Felix Eymann, Beatriz Greuter, Salome Hofer, Christoph Holenstein, David Jenny, Jürg Meyer, Urs Müller-Walz, Thomas Müry, Lorenz Nägelin, Gülsen Oeztürk, Eduard Rutschmann, Atilla Toptas, Rolf von Aarburg.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 9, 06.02.13 11:07:18]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Gesundheits- und Sozialkommission:

**Felix Eymann** (LDP)  
**Beatriz Greuter** (SP)  
**Salome Hofer** (SP)  
**Christoph Holenstein** (FDP)  
**David Jenny** (FDP)  
**Jürg Meyer** (SP)  
**Urs Müller-Walz** (GB)  
**Thomas Müry** (LDP)  
**Lorenz Nägelin** (SVP)  
**Gülsen Oeztürk** (SP)  
**Eduard Rutschmann** (SVP)  
**Atilla Toptas** (SP)  
**Rolf von Aarburg** (CVP/EVP)

Als Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission vorgeschlagen wird: **Beatriz Greuter** (SP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 10, 06.02.13 11:08:12]

### Der Grosse Rat wählt

**Beatriz Greuter** zur Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 11. Wahl der Bildungs- und Kulturkommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:08:40, WAK]

Als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission vorgeschlagen sind:

Sibylle Benz Hübner, Martina Bernasconi, Andrea Bollinger, Oskar Herzig-Jonasch, Oswald Inglin, Martin Lüchinger, Heidi Mück, Ernst Mutschler, Annemarie Pfeifer, Franziska Reinhard, Elias Schäfer, Joël Thüning, Christine Wirz-von Planta.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**93 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 11, 06.02.13 11:09:38]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission:

**Sibylle Benz Hübner** (SP)  
**Martina Bernasconi** (GLP)  
**Andrea Bollinger** (SP)  
**Oskar Herzig-Jonasch** (SVP)  
**Oswald Inglin** (CVP/EVP)  
**Martin Lüchinger** (SP)  
**Heidi Mück** (GB)  
**Ernst Mutschler** (FDP)  
**Annemarie Pfeifer** (CVP/EVP)  
**Franziska Reinhard** (SP)  
**Elias Schäfer** (FDP)  
**Joël Thüning** (SVP)  
**Christine Wirz-von Planta** (LDP)

Als Präsident der Bildungs- und Kulturkommission vorgeschlagen wird: **Oswald Inglin** (CVP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**80 Ja, 1 Nein, 12 Enthaltungen.** [Abstimmung # 12, 06.02.13 11:10:31]

### Der Grosse Rat wählt

**Oswald Inglin** zum Präsidenten der Bildungs- und Kulturkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 12. Wahl der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:10:51, WAK]

Als Mitglieder der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission vorgeschlagen sind:

Remo Gallacchi, Brigitte Heilbronner, Helmut Hersberger, Bruno Jagher, Murat Kaya, Dominique König-Lüdin, Anita Lachenmeier-Thüring, Stephan Luethi-Brüderlin, Heiner Vischer, Jörg Vitelli, Aeneas Wanner, Michael Wüthrich, Samuel Wyss.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**92 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 13, 06.02.13 11:11:50]

### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission:

**Remo Gallacchi** (CVP/EVP)  
**Brigitte Heilbronner** (SP)  
**Helmut Hersberger** (FDP)  
**Bruno Jagher** (SVP)  
**Murat Kaya** (FDP)  
**Dominique König-Lüdin** (SP)  
**Anita Lachenmeier-Thüring** (GB)  
**Stephan Luethi-Brüderlin** (SP)  
**Heiner Vischer** (LDP)  
**Jörg Vitelli** (SP)  
**Aeneas Wanner** (GLP)  
**Michael Wüthrich** (GB)  
**Samuel Wyss** (SVP)

Als Präsident der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission vorgeschlagen wird: **Michael Wüthrich** (GB).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**77 Ja, 3 Nein, 11 Enthaltungen.** [Abstimmung # 14, 06.02.13 11:12:45]

### Der Grosse Rat wählt

**Michael Wüthrich** zum Präsidenten der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

### 13. Wahl der Bau- und Raumplanungskommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:13:07, WAK]

Als Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission vorgeschlagen sind:

Andreas C. Albrecht, Mirjam Ballmer, René Brigger, Remo Gallacchi, Daniel Goepfert, Thomas Grossenbacher, Bruno Jagher, Daniel Jansen, Roland Lindner, Philippe Macherel, Elias Schäfer, Andreas Sturm, Andreas Zappalà.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

#### Abstimmung

JA heisst Wahl der Vorgeschlagenen, NEIN heisst Nichtwahl.

#### Ergebnis der Abstimmung

**90 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 15, 06.02.13 11:14:02]

#### Der Grosse Rat wählt

als Mitglieder der Bau- und Raumplanungskommission:

**Andreas C. Albrecht** (LDP)  
**Mirjam Ballmer** (GB)  
**René Brigger** (SP)  
**Remo Gallacchi** (CVP/EVP)  
**Daniel Goepfert** (SP)  
**Thomas Grossenbacher** (GB)  
**Bruno Jagher** (SVP)  
**Daniel Jansen** (SP)  
**Roland Lindner** (SVP)  
**Philippe Macherel** (SP)  
**Elias Schäfer** (FDP)  
**Andreas Sturm** (GLP)  
**Andreas Zappalà** (FDP)

Als Präsident der Bau- und Raumplanungskommission vorgeschlagen wird: **Andreas C. Albrecht** (LDP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

#### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### Ergebnis der Abstimmung

**88 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 16, 06.02.13 11:14:53]

#### Der Grosse Rat wählt

**Andreas C. Albrecht** zum Präsidenten der Bau- und Raumplanungskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 14. Wahl der Wirtschafts- und Abgabekommission (13 Mitglieder)

[06.02.13 11:15:15, WAK]

Als Mitglieder der Wirtschafts- und Abgabekommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

Patrizia Bernasconi, Leonhard Burckhardt, Toni Casagrande, Lukas Engelberger, Christophe Haller, Salome Hofer, Ursula Metzger, Gülsen Oeztürk, Rudolf Rechsteiner, Michel Rusterholtz, Daniel Stolz, Thomas Strahm, Dieter Werthemann.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

### Wahlergebnis

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	96
Eingegangene Wahlzettel	95
Ungültige Wahlzettel	1
Gültige Wahlzettel	94
Absolutes Mehr	48

#### Gewählt sind:

<b>Patrizia Bernasconi</b> , mit	94 Stimmen
<b>Lukas Engelberger</b> , mit	94 Stimmen
<b>Salome Hofer</b> , mit	94 Stimmen
<b>Daniel Stolz</b> , mit	94 Stimmen
<b>Thomas Strahm</b> , mit	94 Stimmen
<b>Leonhard Burckhardt</b> , mit	93 Stimmen
<b>Dieter Werthemann</b> , mit	93 Stimmen
<b>Gülsen Oeztürk</b> , mit	92 Stimmen
<b>Rudolf Rechsteiner</b> , mit	92 Stimmen
<b>Michel Rusterholtz</b> , mit	92 Stimmen
<b>Christophe Haller</b> , mit	91 Stimmen
<b>Ursula Metzger</b> , mit	91 Stimmen
<b>Toni Casagrande</b> , mit	90 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Eric Weber	0
Vereinzelte	1
Leere Stimmen	17

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission vorgeschlagen wird: **Christophe Haller** (FDP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**90 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 17, 06.02.13 11:50:39]

#### **Der Grosse Rat wählt**

**Christophe Haller** zum Präsidenten der Wirtschafts- und Abgabekommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

### **15. Wahl der Regiokommission (13 Mitglieder)**

[06.02.13 11:50:56, WAK]

Als Mitglieder der Regiokommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

Sibylle Benz Hübner, Daniel Goepfert, Helmut Hersberger, Stephan Luethi-Brüderlin, Eveline Rommerskirchen, Eduard Rutschmann, Helen Schai-Zigerlig, Heinrich Ueberwasser, Emmanuel Ullmann, Heiner Vischer, Roland Vögtli, Christine Wirz-von Planta, Sarah Wyss.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

Voten: *Peter Bochsler* (FDP)

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Das war kein Verfahrensantrag. Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel zu verteilen. Nach dem Einsammeln der Wahlzettel werde ich die Vormittagssitzung schliessen und wir werden uns um 15.00 Uhr wieder treffen.

[Wahlergebnis siehe Seite 25]

#### **Schluss der 1. Sitzung**

11:56 Uhr

---



**Beginn der 2. Sitzung**

Mittwoch, 6. Februar 2013, 15:00 Uhr

**Wahlergebnis**

Ergebnis des I. Wahlgangs zur Wahl der Regiokommission

Ausgeteilte Wahlzettel	97
Eingegangene Wahlzettel	95
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	95
Absolutes Mehr	48

**Gewählt sind:**

<b>Helmut Hersberger</b> , mit	94 Stimmen
<b>Eveline Rommerskirchen</b> , mit	94 Stimmen
<b>Helen Schai-Zigerlig</b> , mit	94 Stimmen
<b>Heiner Vischer</b> , mit	94 Stimmen
<b>Christine Wirz-von Planta</b> , mit	94 Stimmen
<b>Sibylle Benz Hübner</b> , mit	93 Stimmen
<b>Stephan Luethi-Brüderlin</b> , mit	93 Stimmen
<b>Emmanuel Ullmann</b> , mit	93 Stimmen
<b>Daniel Goepfert</b> , mit	92 Stimmen
<b>Eduard Rutschmann</b> , mit	92 Stimmen
<b>Heinrich Ueberwasser</b> , mit	92 Stimmen
<b>Roland Vögtli</b> , mit	92 Stimmen
<b>Sarah Wyss</b> , mit	85 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Eric Weber	1
Leere Stimmen	32

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsident der Regiokommission vorgeschlagen wird: **Emmanuel Ullmann** (GLP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

**Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

**Ergebnis der Abstimmung**

**80 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 18, 06.02.13 15:04:11]

**Der Grosse Rat wählt**

**Emmanuel Ullmann** zum Präsidenten der Regiokommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 28. Neue Interpellationen

[06.02.13 15:04:27]

### **Interpellation Nr. 1 Jürg Meyer zur Verbesserung des Rechtsschutzes der Sans-Papiers**

[06.02.13 15:04:27, JSD, 13.5015.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

### **Interpellation Nr. 2 Otto Schmid betreffend Krankenkassen-Prämiendefizit im Kanton Basel-Stadt**

[06.02.13 15:04:59, GD, 13.5016.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Otto Schmid (SP); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Otto Schmid (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5016 ist **erledigt**.

### **Interpellation Nr. 3 Michael Wüthrich betreffend der Seriosität bei der Deponiesanierung Feldreben im Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Geschäfts- bzw. Projektleitung**

[06.02.13 15:16:06, WSU, 13.5052.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Michael Wüthrich (GB)*

### **Interpellation Nr. 4 Elisabeth Ackermann betreffend Lastwagenverkehr Hörnliallee / Grenzacherstrasse**

[06.02.13 15:19:33, BVD, 13.5053.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

**Interpellation Nr. 5 Eric Weber betreffend Foltermethoden im Basler Gefängnis**

[06.02.13 15:19:46, JSD, 13.5058.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *Eric Weber (fraktionslos); RR Baschi Dürr, Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD); Eric Weber (fraktionslos)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5058 ist **erledigt**.

**Interpellation Nr. 6 Beatriz Greuter betreffend Darstellung der Situation von süchtigen Menschen in Basel**

[06.02.13 15:37:42, GD, 13.5069.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD); Beatriz Greuter (SP)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **befriedigt**.

Die Interpellation 13.5069 ist **erledigt**.

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

**Interpellation Nr. 7 Patrick Hafner betreffend BKB - "Schuld und Sühne" ?**

[06.02.13 15:47:17, FD, 13.5070.01, NIS]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat an der nächsten Sitzung schriftlich beantwortet.

Voten: *Patrick Hafner (SVP)*

**Interpellation Nr. 8 Lukas Engelberger betreffend brisante Informationen auf dem neuen Geoviewer**

[06.02.13 15:48:31, BVD, 13.5071.01, NIM]

Diese Interpellation wird vom Regierungsrat sofort mündlich beantwortet.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Lukas Engelberger (CVP/EVP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5071 ist **erledigt**.

**16. Wahl der Petitionskommission (9 Mitglieder)**

[06.02.13 15:56:44, WAK]

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* informiert, dass für sämtliche Wahlen der Geschäfte 16 bis 22 inzwischen mehr Kandidaturen vorliegen, als Mitglieder zu wählen sind. Diese Wahlen werden demnach geheim durchgeführt.

Er **beantragt**, während der Auszählung der Wahlergebnisse mit den weiteren Sachgeschäften fortzufahren.

*Eric Weber (fraktionslos):* **beantragt**, nicht mit den Sachgeschäften fortzufahren.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* da es sich bei meinem Antrag formell um eine Änderung der Tagesordnung handelt, ist ein Zweidrittelmehr erforderlich.

**Abstimmung**

Ja heisst Weiterbehandlung der Tagesordnung während der Auszählung der Wahlgeschäfte, nein heisst keine Behandlung weiterer Geschäfte, solange die Stimmen ausgezählt werden.

**Ergebnis der Abstimmung**

**80 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 19, 06.02.13 15:59:54]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Tagesordnung zu ändern und während der Auszählung der Wahlergebnisse mit den weiteren Sachgeschäften fortzufahren.

**Als Mitglieder der Petitionskommission vorgeschlagen** sind seitens der Fraktionen:

André Auderset, Seyit Erdogan, Brigitta Gerber, Oswald Inglin, Jürg Meyer, Lorenz Nägelin, Franziska Roth-Bräm, Roland Vögtli, Dieter Werthemann.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

[Wahlergebnis siehe Seite 31]

## 23. Bericht des Regierungsrates zur Kantonalen Volksinitiative für bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt - rechtliche Zulässigkeit der Initiative und weiteres Vorgehen

[06.02.13 16:04:31, GD, 12.1639.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt, die Initiative "für bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt" (12.1639) für **rechtlich zulässig** zu erklären, und ihm die Berichterstattung zu übertragen.

### Der Grosse Rat

**tritt** von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

### Schlussabstimmung

zur rechtlichen Zulässigkeit.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

### Ergebnis der Abstimmung

**67 Ja, 1 Nein.** [Abstimmung # 20, 06.02.13 16:06:24]

### Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die mit 3'498 gültigen Unterschriften zustande gekommene unformulierte Initiative "bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt" wird für **rechtlich zulässig** erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative zu übertragen.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Volksinitiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert sechs Monaten zu überweisen.

## 24. Ratschlag betreffend Subventionen für Tanz- und Theaterprojekte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2013 bis 2016

[06.02.13 16:07:00, BKK, PD, 12.1836.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 12.1836.01 einzutreten und für Tanz- und Theaterprojekte Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 2'260'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

### Fraktionsvoten

Voten: *Christine Wirz (LDP); Joël Thüring (SVP); Martin Lüchinger (SP); Heidi Mück (GB); Elias Schäfer (FDP)*

### Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidialdepartementes (PD); Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Einziger Absatz

### Antrag

Die die SVP Fraktion **beantragt**, den Gesamtbetrag der Subvention auf CHF 1'860'000 (jährlich CHF 465'000) zu reduzieren.

Der Regierungsrat und die Kommission beantragen CHF 2'260'000 (jährlich CHF 565'000)

### Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Kürzungsantrag der SVP, NEIN heisst Ablehnung des Antrags.

### Ergebnis der Abstimmung

**30 Ja, 65 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 21, 06.02.13 16:32:24]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag der Fraktion SVP **abzulehnen**.

### Detailberatung

Publikations- und Referendums Klausel

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung des Antrags des Regierungsrates.

### Ergebnis der Abstimmung

**76 Ja, 17 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 22, 06.02.13 16:33:23]

### Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Subventionen für Tanz- und Theaterprojekte der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft werden vom Kanton Basel-Stadt für die Jahre 2013 bis 2016 in der Höhe von CHF 2'260'000 (jährlich CHF 565'000), nicht indexiert, bewilligt.

Kostenstelle: 3708221; statistischer Auftrag: 370822100001; Kostenart: 363600

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 16. Wahl der Petitionskommission, Fortsetzung

[06.02.13 16:33:40]

### Wahlergebnis

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	94
Eingegangene Wahlzettel	94
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	94
Absolutes Mehr	48
<b>Gewählt sind:</b>	
<b>Oswald Inglin</b> , mit	92 Stimmen
<b>Franziska Roth</b> , mit	92 Stimmen
<b>Dieter Werthemann</b> , mit	92 Stimmen
<b>Jürg Meyer</b> , mit	91 Stimmen
<b>Roland Vöggtli</b> , mit	90 Stimmen
<b>Seyit Erdogan</b> , mit	89 Stimmen
<b>Lorenz Nägelin</b> , mit	89 Stimmen
<b>André Auderset</b> , mit	88 Stimmen
<b>Brigitta Gerber</b> , mit	85 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Eric Weber	2
Leere Stimmen	36

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsidentin der Petitionskommission vorgeschlagen wird: **Brigitta Gerber** (GB).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

#### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**83 Ja, 1 Nein, 5 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 23, 06.02.13 16:35:33]*

#### **Der Grosse Rat wählt**

**Brigitta Gerber** zur Präsidentin der Petitionskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

### **17. Wahl der Begnadigungskommission (9 Mitglieder)**

*[06.02.13 16:35:45, WAK]*

Als Mitglieder der Begnadigungskommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

Elisabeth Ackermann, Sibel Arslan, Peter Bochsler, Andrea Bollinger, Seyit Erdogan, Ursula Metzger, Thomas Müry, André Weissen, Samuel Wyss.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

*[Wahlergebnis siehe Seite 35]*



**25. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.0623.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2016**

[06.02.13 16:40:58, BKK, PD, 12.0623.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.0623.02 einzutreten und der Stiftung Sportmuseum Schweiz Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 450'000 zu bewilligen.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Sie haben der dringlichen Behandlung dieses Geschäftes zu Beginn dieser Sitzung zugestimmt.

Voten: *Martina Bernasconi, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentialdepartementes (PD)*

**Fraktionsvoten**

Voten: *Christine Wirz (LDP); Emmanuel Ullmann (GLP); Martin Lüchinger (SP)*

**Zwischenfrage**

Voten: *Markus Lehmann (CVP/EVP); Martin Lüchinger (SP)*

Voten: *Eduard Rutschmann (SVP); Heidi Mück (GB); David Jenny (FDP)*

**Einzelvoten**

Voten: *Sibylle Benz (SP); Urs Müller (GB); Eric Weber (fraktionslos)*

**Schlussvoten**

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentialdepartementes (PD); Martina Bernasconi, Referentin der Bildungs- und Kulturkommission*

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

**Detailberatung**

Titel und Ingress

Absatz 1, Ausgabenbewilligung

Absatz 2, Vorbehalte 1 - 7

Absatz 3, Kündigungsvorbehalt

Publikationsklausel

**Schlussabstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

**Ergebnis der Abstimmung**

**62 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen.** *[Abstimmung # 24, 06.02.13 17:24:46]*

**Der Grosse Rat beschliesst**

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2015 werden Ausgaben von CHF 450'000 (jährlich CHF 150'000), nicht indexiert, bewilligt.

Der Beschluss steht unter folgenden Vorbehalten:

1. Der Kanton Basel-Landschaft leistet einen jährlichen Beitrag in mindestens gleicher Höhe.
2. Es wird je eine transparente Budgetierung und Rechnungslegung für das Begehlager (Sammlung) und für das Mobile Museum vorgelegt.
3. Ein Strategie- und Businessplan inkl. einer realistischen und aussagekräftigen Finanzplanung und konkreten Controllingmassnahmen 2013 bis 2017 mit dem Ziel einer finanziellen Konsolidierung wird erstellt und bis spätestens am 30. Juni 2013 vorgelegt.
4. Löhne und Dritteleistungen werden in der Erfolgsrechnung separat aufgeführt und dem Begehlager bzw. dem Mobilien Museum zugeordnet.
5. Sämtliche Leistungen von Angestellten für den Basisbetrieb des Sportmuseums sind über Löhne (Lohnbuchhaltung) und nicht als Leistung Dritter abzurechnen.
6. Es wird bis spätestens 30. Juni 2013 ein Sanierungsplan über die Rückzahlung ausstehender Leistungen Dritter vorgelegt.
7. Es findet weiterhin ein regelmässiges Reporting (quartalsweise) an die Abteilung Kultur des Präsidialdepartementes statt.

Zeichnet sich bis Ende Juni 2013 ab, dass diese Auflagen nicht erfüllt werden, wird der Regierungsrat ermächtigt, das Subventionsverhältnis gemäss Absprache mit dem Fachdepartement vorzeitig zu kündigen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 17. Wahl der Begnadigungskommission, Fortsetzung

[06.02.13 17:25:00]

### Wahlergebnis

#### Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	98
Eingegangene Wahlzettel	97
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	97
Absolutes Mehr	49

#### Gewählt sind:

<b>Elisabeth Ackermann (GB)</b> , mit	96 Stimmen
<b>Peter Bochsler (FDP)</b> , mit	96 Stimmen
<b>Thomas Müry (LDP)</b> , mit	95 Stimmen
<b>André Weissen (CVP/EVP)</b> , mit	94 Stimmen
<b>Samuel Wyss (SVP)</b> , mit	94 Stimmen
<b>Ursula Metzger (SP)</b> , mit	93 Stimmen
<b>Andrea Bollinger (SP)</b> , mit	91 Stimmen
<b>Seyit Erdogan (SP)</b> , mit	91 Stimmen
<b>Sibel Arslan (GB)</b> , mit	88 Stimmen
Stimmen haben erhalten:	
Eric Weber	3
Martin Gschwind	1
Leere Stimmen	31

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsidentin der Begnadigungskommission vorgeschlagen wird: **Ursula Metzger (SP)**.

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### Abstimmung

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### Ergebnis der Abstimmung

**86 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 25, 06.02.13 17:27:05]

### Der Grosse Rat wählt

**Ursula Metzger Junco** zur Präsidentin der Begnadigungskommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

## 18. Wahl der Disziplinarkommission (9 Mitglieder)

[06.02.13 17:27:22, WAK]

Als Mitglieder der Disziplinarkommission vorgeschlagen sind seitens der Fraktionen:

Andrea Bollinger, Sebastian Frehner, Christoph Holenstein, Stephan Luethi-Brüderlin, Urs Müller-Walz, Ernst Mutschler, Sabine Suter, Andreas Ungricht, Heiner Vischer.

Weiter hat sich als Kandidat Eric Weber (fraktionslos) gemeldet.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl nicht mehr gegeben. Die Wahl findet daher geheim statt.

Ich bitte das Wahlbüro, die Wahlzettel auszuteilen und danach wieder einzusammeln. Die Wahlzettel werden nur am Sitzplatz ausgegeben und eingesammelt.

[Wahlergebnis siehe Seite 37]

## 26. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 12.1870.01 betreffend Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums. Partnerschaftliches Geschäft

[06.02.13 17:32:19, BKK, BVD, 12.1870.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.1870.02 einzutreten und der Universität Basel ein Darlehen in der Höhe von insgesamt CHF 158'200'000 zuzüglich der erwarteten Finanzierungskosten zu bewilligen.

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Wie bereits im letzten Geschäft haben Sie der dringlichen Behandlung dieses Geschäftes zu Beginn dieser Sitzung zugestimmt.

Voten: *Oskar Herzig, Referent der Bildungs- und Kulturkommission*

### Fraktionsvoten

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Martina Bernasconi (GLP); Ernst Mutschler (FDP); Sibylle Benz (SP)*

### Schlussvoten

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Oskar Herzig, Referent der Bildungs- und Kulturkommission*

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

### Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Ausgabenbewilligung

Ziffer 2, betriebliche und finanzielle Folgekosten

Ziffer 3, Lohn- und Materialpreisänderungen

Ziffer 4, Partnerschaftsvorbehalt

Publikations- und Referendums Klausel

### Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung des Antrags der Kommission.

### Ergebnis der Abstimmung

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung.** [Abstimmung # 26, 06.02.13 17:53:16]

### Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Regierungsrat wird ermächtigt, der Universität Basel für den Neubau des Biozentrums ein verzinsliches und rückzahlbares Bruttodarlehen aus dem Verwaltungsvermögen in der Höhe von CHF 158'200'000 (Preisbasis Baukostenindex Hochbau Nordwestschweiz = 119.7 Punkte per Oktober 2011) zu gewähren, abzüglich der erwarteten Bundessubventionen (Prognose: CHF 34'300'000) und zuzüglich der erwarteten Finanzierungskosten während der Projektphase (Prognose: CHF 5'600'000).
2. Die betrieblichen und finanziellen Folgekosten des Neubaus Biozentrum ab Betriebsbeginn im 2017 sind im Globalbeitrag der Universität Basel ab 2017 zu berücksichtigen.
3. Lohn- und Materialpreisänderungen gegenüber der Preisbasis vom Oktober 2011 des Kredites unter Ziffer 1 werden mitbewilligt und sind in den Abrechnungen nachzuweisen. Zur Anwendung kommt der Baupreisindex Hochbau Region Nordwestschweiz.
4. Diese Beschlüsse erfolgen unter dem Vorbehalt der gleichlautenden Zustimmung durch den Landrat des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

## 18. Wahl der Disziplinarkommission, Fortsetzung

[06.02.13 17:53:32]

### Wahlergebnis

Ergebnis des I. Wahlgangs

Ausgeteilte Wahlzettel	92
Eingegangene Wahlzettel	92
Ungültige Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	92
Absolutes Mehr	47
<b>Gewählt sind:</b>	
<b>Christoph Holenstein</b> , mit	91 Stimmen
<b>Ernst Mutschler</b> , mit	91 Stimmen
<b>Heiner Vischer</b> , mit	91 Stimmen
<b>Sabine Suter</b> , mit	90 Stimmen
<b>Andreas Ungricht</b> , mit	89 Stimmen
<b>Sebastian Frehner</b> , mit	88 Stimmen
<b>Stephan Luethi-Brüderlin</b> , mit	88 Stimmen
<b>Andrea Bollinger</b> , mit	87 Stimmen
<b>Urs Müller-Walz</b> , mit	86 Stimmen

Stimmen haben erhalten:

Eric Weber	1
Vereinzelte	3
Leere Stimmen	23

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Als Präsident der Disziplinarkommission vorgeschlagen wird: **Sebastian Frehner** (SVP).

Es werden keine weiteren Vorschläge gemacht.

Damit sind die Voraussetzungen zur offenen Wahl gegeben.

### **Abstimmung**

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**81 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 27, 06.02.13 17:55:25]

### **Der Grosse Rat wählt**

**Sebastian Frehner** zum Präsidenten der Disziplinarkommission.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

### **Sitzungsunterbruch**

17:55 Uhr

*Conradin Cramer, Grossratspräsident:* Damit sind wir bereits am Ende des offiziellen Teils unseres ersten Sitzungstages. Es ist kurz vor sechs und es würde nicht mehr reichen, ein weiteres Traktandum zu behandeln. Ich lade Sie alle herzlich ein in die Landgemeinde Riehen an einen Empfang.

### **Schluss der 2. Sitzung**

17:57 Uhr

Basel, 6. Februar 2013

Dr. Conradin Cramer  
Grossratspräsident

Thomas Dähler  
I. Ratssekretär







Sitz	Abstimmungen 16 - 27	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	J	J	A
3	Philippe Macherel (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
4	Dominique König (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	E	J	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	E	J	J
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J
8	René Brigger (SP)	J	J	A	A	A	N	J	J	J	J	J	A
9	Christophe Haller (FDP)	J	E	J	A	J	J	J	J	N	J	J	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	J	J	J
11	Christoph Holenstein (FDP)	J	J	J	A	J	J	J	J	N	J	A	A
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	J	J	J	E	J	N	J	J	J
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	J	J	A	J	A	J	N	A	N	A	J	J
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	E	J	J	J	N	A	N	A	J	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	J	J	J	A	J	A	J	J	J
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	J	E	A	N	J	J	J	J	J	J
21	Andreas Albrecht (LDP)	A	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	A	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	J	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J
26	Aeneas Wanner (GLP)	J	J	J	A	A	N	J	J	N	A	J	J
27	Dieter Werthemann (GLP)	A	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	J	J	A	A	J	N	J	J	J	J	J	J
29	Daniel Goepfert (SP)	J	A	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
30	Tobit Schäfer (SP)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	A	J	J
31	Jörg Vitelli (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	A	N	J	J	J	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	A
34	Andrea Bollinger (SP)	A	J	A	J	A	N	J	J	J	J	J	J
35	Greta Schindler (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
36	Stephan Luethi (SP)	A	A	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	A	N	J	J	A	A	J	A
41	Sebastian Frehner (SVP)	A	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	E
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	J	E	J	J	N	J	N	J	J	J
44	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	E	A	J	N	E	N	J	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	J	J	J	J	N	J	N	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	A	J	A	N	J	J	J	J	J	E
47	Brigitta Gerber (GB)	E	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J
51	Daniel Stolz (FDP)	J	J	J	A	A	J	J	J	N	J	J	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J
53	Elias Schäfer (FDP)	J	J	J	J	A	J	J	J	E	J	J	J
54	Christine Wirz (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	A	J	J	J	A
55	Heiner Vischer (LDP)	J	J	J	J	A	N	J	E	J	J	J	A
56	Thomas Mury (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	E	J	J	J	J



**Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)**

<b>Direkt auf die Tagesordnung kommen</b>		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht des Regierungsrates zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Vorgehen der kantonalen Volksinitiative für "bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt".		GD	12.1639.01
2.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Maria Berger-Coenen und Konsorten betreffend Spielstrassen auf Zeit - "beispielbare Stadt-Quartiere"		BVD	10.5287.02
3.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Markus Lehmann und Konsorten betreffend Herzstück - ein Projekt für Public Private Partnership (PPP)?		FD	10.5324.02
4.	Schreiben der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Anzug Sibylle Benz Hübner und Konsorten betreffend ein langfristiges Konzept für die St. Jakobshalle	<b>JSSK</b>	ED	08.5066.03
5.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag Nr. 12.1870.01 betreffend Gewährung eines Darlehens an die Universität Basel für den Neubau des Biozentrums. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i> <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	<b>BKK</b>	BVD	12.1870.02
6.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ausgabenbericht Nr. 12.0623.01 betreffend Ausgabenbewilligung für Subventionen an die Stiftung Sportmuseum Schweiz für die Jahre 2013 bis 2016 <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss §20 Abs. 2 AB</i>	<b>BKK</b>	PD	12.0623.02
7.	Vorgezogene Budgetpostulate für das Budget 2014			
1.	Vorgezogenes Budgetpostulat Lorenz Nägelin betreffend Dienststelle Nr. 520 / Staatsanwaltschaft / Personalaufwand / JSD			12.5275.01
2.	Vorgezogenes Budgetpostulat Dominique König-Lüdin betreffend Dienststelle Nr. 220 / Leitung Bildung / Personalaufwand / ED			12.5371.01
3.	Vorgezogenes Budgetpostulat Markus Lehmann betreffend Dienststelle Nr. 4220 / Finanzen Liegenschaften / FD			13.5007.01
4.	Vorgezogenes Budgetpostulat Martin Lüchinger betreffend Dienststelle Nr. 370 / Abteilung Kultur / PD			13.5008.01
5.	Vorgezogenes Budgetpostulat Thomas Strahm betreffend Globalbudget Öffentlicher Verkehr / Tram und Bus			13.5009.01
<b>Überweisung an Kommissionen</b>				
8.	Ratschlag zur Optimierung der Magazine der Stadtgärtnerei	<b>UVEK</b>	BVD	12.2058.01
9.	Ratschlag betreffend Übertragung von 3 Parzellen/Staatsliegenschaften vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen (Entwidmung)	<b>BRK</b>	FD	12.2044.01
10.	Ratschlag betreffend Initiative "CentralParkBasel" sowie Bericht zu einem Anzug	<b>BRK</b> <b>Mitbe-</b> <b>richt</b> <b>UVEK</b>	BVD	12.0254.03 06.5197.05
11.	Ratschlag betreffend Änderung des Personalgesetzes vom 17. November 1999. Schaffung einer Gesetzesbestimmung zur Meldung von Missständen (Whistleblowing) sowie Bericht zu einem Anzug	<b>WAK</b>	FD	12.2005.01 08.5250.03
12.	Ratschlag zu einer Änderung des Gesetzes über die Begnadigung vom 13. Dezember 2007 (Begnadigungsgesetz; SG 258.100) sowie zu einer Änderung des Gesetzes betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt vom 13. November 1996 (Polizeigesetz, PolG; SG 510.100). (Anpassung an die Schweizerische Strafprozessordnung, SR 312.0)	<b>JSSK</b>		12.2084.01

**An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung**

13.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Helmut Hersberger und Konsorten betreffend einen trinationalen Verbund (EVTZ) für öffentlichen Verkehr in der Metropolregion Oberrhein, Patrizia Bernasconi und Konsorten betreffend der Einführung eines ÖV-Fonds sowie Lukas Engelberger und Konsorten betreffend neuer Finanzierungsmethoden für den öffentlichen Verkehr	BVD	08.5122.04 07.5370.05 07.5323.04
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitte Strondl und Konsorten betreffend Veloweg auf der Dreirosenbrücke	BVD	07.5161.04
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sibel Arslan und Konsorten bezüglich Verbesserung der Sicherheit auf Velorouten	BVD	09.5240.02
16.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Christine Keller und Konsorten betreffend Tagesferienplätze für Kinder sowie Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Tagesschulen und Ferienbetreuung	ED	10.5295.02 10.5374.02
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Doris Gysin und Konsorten betreffend tripartite Trägerschaft für die Pro Juventute "Beratung + Hilfe 147" – für eine nachhaltige Sicherung effizienter Beratung und Hilfe für Kinder und Jugendliche in der Schweiz	ED	10.5375.02
18.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Rechtsberatung zum Schutz von Asylsuchenden sowie von Zwangsmassnahmen betroffener Personen	JSD	06.5312.04
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Förderung der Verfahrensbeteiligung von Kindern	JSD	10.5293.02
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend der diversen Publikationen der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt	PD	10.5019.02
21.	Anzüge 1 - 2		
	a) Thomas Mall und Konsorten betreffend Wohnqualität		13.5014.01
	b) Markus Lehmann und Konsorten betreffend Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil via Neuweilerplatz zum Bahnhof SBB		13.5017.01

**Kenntnisnahme**

22.	Schreiben des Ratsbüros zu den Anzügen Annemarie von Bidder und Konsorten betreffend Ausbau der Kompetenzen der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommissionen sowie betreffend Errichtung eines ständigen gemeinsamen Sekretariates der IGPKSs (stehen lassen)	<b>Ratsbüro</b>	10.5390.02 10.5391.02
23.	Bericht des Regierungsrates über die ihm erteilten Aufträge (abgeschlossen per 31. Dezember 2012)	STK	12.2073.01
24.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sebastian Frehner betreffend Taxi-Fahrten von Asylsuchenden auf Staatskosten	WSU	12.5282.02
25.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Emmanuel Ullmann zu den möglichen Massnahmen bei den kurzfristigen Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte	WSU	12.5296.02
26.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Andreas Ungricht zur Stärkung der Standortförderung im Bereich chemische Industrie	WSU	12.5249.02
27.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Samuel Wyss betreffend Gefährdung der Basler Bevölkerung insbesondere Kinder durch unsachgemäss respektive fehlende Entsorgung von gebrauchten Fixerutensilien (Spritzen von Drogenabhängigen) – zum Zweiten	GD	12.5272.02
28.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Reinhard und Konsorten für einen kinder- und jugendgerechten Schulstart (stehen lassen)	ED	10.5292.02

**Anhang C: Neue Vorstösse****Vorgezogene Budgetpostulate****a) Dienststelle Nr. 520 / Staatsanwaltschaft / Personalaufwand / JSD**

12.5275.01

Erhöhung um CHF 4'200'000

Begründung:

Antrag auf Aufstockung des Personalbestandes Staatsanwaltschaft Basel-Stadt (um 30 Vollzeitstellen)

Der Regierungsrat hat auf Antrag des zuständigen Departementsvorstehers am 04.09.2012 eine (temporäre) Aufstockung der Staatsanwaltschaft um 3 Personen resp. 230 Stellenprozente bewilligt. Diese Aufstockung ist jedoch nur ein Tropfen auf den heissen Stein, denn dadurch kann lediglich gewährleistet werden, dass bereits begangene Straftaten nicht verjähren. Die vom Ersten Staatsanwalt bereits mehrfach erwähnte chronische Überlastung der Strafverfolgungsbehörde wird dadurch nicht reduziert.

Dabei sind die Zahlen eindeutig: Bis zum heutigen Datum sind 60% mehr Einbruchsdelikte als in der derselben Periode vor einem Jahr registriert worden. Die Zahl der hängigen Verfahren wegen Einbruchs, bei denen die Täter noch nicht ermittelt werden konnten, sind dramatisch angestiegen: Ende Juli 2012 waren es bereits 42% mehr als Ende 2011. In einem am 04.09.2012 erschienenen Interview (in der bz basel) bestätigt Alberto Fabbri, Erster Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt, Folgendes: "Es gibt mehr Kriminaltouristen, mehr delinquierende Romas und mehr straffällige Asylsuchende".

Damit gegen diese Delinquenten vorgegangen werden kann und die Strafverfolgungsbehörden entlastet werden, muss die Staatsanwaltschaft dringend aufgestockt werden.

Lorenz Nägelin

**b) Dienststelle Nr. 220 / Leitung Bildung / Personalaufwand / ED**

12.5371.01

Erhöhung des Budgets der Kostenstelle 220.8350 Schulsozialarbeit, Kostenart ZBE, S.155 CHF 210'000

Begründung:

Im Frühjahr 2012 hat die kantonale Schulsynode eine Resolution an den Vorsteher des Erziehungsdepartements eingereicht, mit dem Anliegen, die Schulsozialarbeit (SSA) neben den Sekundarstandorten zusätzlich auch an den Primarschulen einzurichten. Erfreulicherweise ist der Regierungsrat des ED dieser Forderung nachgekommen und hat im November 2012 beschlossen, ab 2014 die Schulsozialarbeit auf der Primarschulstufe etappenweise aufzubauen. Dies soll voraussichtlich in drei Etappen überall an den Primarschulen erfolgen, die einen begründeten Antrag stellen. Unter dem Vorbehalt, dass der Regierungsrat und das Parlament dem Vorschlag zustimmen, könnten Anträge, laut den Verantwortlichen, erst dann eingereicht werden, wenn die Finanzierung geklärt sei, d.h. nachdem der Grosse Rat der Erweiterung der SSA auf Primarschulstufe zugestimmt hat. Der Entscheid des GR soll voraussichtlich in der zweiten Hälfte 2013 erfolgen.

Damit die Verantwortlichen in der Folge möglichst rasch die Planung aufnehmen können, d.h. Einstellung und Einarbeitung von neuen Schulsozialarbeiterinnen und das neue Angebot dann im Schuljahr 2014/15 starten kann, sollen für das Jahr 2014 die nötigen Gelder von CHF 210'000 in das Budget 2014 eingestellt werden. Der Betrag entspricht drei 50% Stellen oder einer 50%-Stelle und einer 80% Stelle.

Dominique König-Lüdin

**c) Dienststelle Nr. 4220 / Finanzen Liegenschaften / FD**

13.5007.01

Investitionsbereich, Konto 50 Ausgaben Investitionen, Erhöhung um CHF 16'000'000

Begründung:

Realisierung bzw. Bau einer 50m Schwimmhalle neben der St. Jakobshalle.

Markus Lehmann

**d) Dienststelle Nr. 370 / Abteilung Kultur / PD**

13.5008.01

Erhöhung vom CHF 50'000 - Förderung der Theaterpädagogik für Schulen und Theater

Begründung:

Die kulturelle Vermittlung im Theaterbereich umfasst drei Vermittlungsfelder: Bildung zum Theater, Bildung durch Theater und Bildung mit theateraffinen Mitteln.

Im Kanton Basel-Stadt gibt es im schweizweiten Vergleich ein grosses Angebot an professionellen Theatern für Kinder und Jugendliche, die ganzjährig ambitionierte Programmpunkte für Kinder und Jugendliche anbieten. Dieses nicht konsumorientierte Kulturangebot verlangt nach einer adäquaten Vermittlung, da der Zugang zum Theater nicht für alle als selbstverständlich angenommen werden kann. Wichtig dabei ist, dass eine Drehscheibe die Angebote der professionellen Theaterschaffenden und die Bedürfnisse der Schulen koordinieren. Der Genuss der jeweiligen Theaterinhalten und ihrer ästhetischen Umsetzung fällt nicht vom Himmel bzw. den Lehrpersonen und den Kindern und Jugendlichen nicht in den Schock: der Spass am Sehen und Hören will erlernt sein und Theatersprache will verstanden und umgesetzt sein.

Im Kanton Basel-Stadt fehlt es an einer Vermittlungsstelle, die die Schnittstelle "Schule und Theater" unterstützt und die ästhetische Theaterbildung im Kanton bündelt und ausbaut. Dies betrifft sowohl den Besuch von professionellen Theateraufführungen für Kinder und Jugendliche als auch die Realisierung von eigenen Theaterprojekten in Schulen. Schauen lernen und Theaterspielen sind die beiden Eckpfeiler theaterästhetischer Bildung. Dieser Wunsch besteht von Seiten einer kulturell engagierten Lehrerschaft im Kanton.

Zur Realisierung dieser Vermittlungsstelle sind im Budget CHF 50'000 einzustellen, damit im PD die integrierte Vermittlung um den Bereich Theaterpädagogik erweitert werden kann.

Martin Lüchinger

**e) Globalbudget Öffentlicher Verkehr / Tram und Bus**

13.5009.01

Erhöhung um CHF 300'000

Aktuell ist Riehen und das angrenzende Deutschland morgens und durch den Tag über mittels ÖV (S-Bahn, Bus, Tram 6 und am Morgen 2) gut erschlossen, auch für Pendlerinnen und Pendler aus dieser Region sind die Innerstadt, das Aeschenzentrum und die beiden Bahnhöfe gut zu erreichen. Umgekehrt sieht der Heimweg aus. In den frühen Abendstunden füllen sich Bus, die S-Bahn und die Tramlinie 6 während den Werktagen unzumutbar. Auch die Standplätze sind dicht belegt, ältere und jüngere Menschen, insbesondere aber auch Passagiere im Rollstuhl und Kinder fühlen sich bedrängt und gefährdet. Starke Verspätungen und überfüllte Tramzüge führen zu grossem Missmut der ÖV-Benutzenden aus Riehen und dem angrenzenden Deutschland.

Im vergangenen Herbst hat die Diskussion zu einem Vorstoss betreffend Ausbau der S-Bahn S6 via Riehen, Lössrach ins Wiesental gezeigt, dass dieser Ausbau auch mittelfristig nicht realisierbar ist. Somit bleibt vorderhand nur, die Förderleistung durch Riehen bis zur Grenze Lössrach in den Abendstunden auf der Tramlinie zu erhöhen. Dazu soll die Linie 2 zusätzlich während den abendlichen Stosszeiten bis zur Endstation Riehen-Grenze verlängert werden.

Die Erhöhung des ONA Globalbudget Öffentlicher Verkehr, Produktgruppe Tram und Bus um CHF 300'000 soll zu den abendlichen Stosszeiten zwischen 16.00 und 19.00 eine Verlängerung der Tramlinie 2 bis zur Endhaltestelle Riehen-Grenze ermöglichen.

Thomas Strahm

**Anzüge**

**a) Anzug betreffend Wohnqualität**

13.5014.01

Bei den Hühnern wehren sich die Menschen zu Recht gegen die Batteriehaltung. Die Tendenz im Wohnungsbau für die Menschen selber geht aber genau in diese Richtung, Stichwort "verdichtetes Wohnen".

Sicher bestehen bei wachsender Bevölkerung ein Raumproblem und auch ein Problem der Zersiedelung mit der Konsequenz wachsender Mobilitätsbedürfnisse.

Andererseits ist ein menschliches Wohnumfeld eines der zentralsten Bedürfnisse.

Als Lösung bietet sich nach Ansicht der Anzugsteller jedoch primär nicht ein verdichtetes Wohnen, sondern ein verdichtetes Arbeiten an.

Speziell in unserem Kanton besteht ein Potenzial, Arbeitsplätze in der dritten Dimension zu konzentrieren und damit den Druck auf Wohngebiete zu vermindern. Tendenziell wird das ja auch schon gemacht.

Eine zunehmende Verdichtung im Wohnumfeld vermindert die Wohnqualität. Als abschreckende Illustration mag das Modell "Glattalstadt mit Park" in "Das Magazin" 51/52, Seiten 8-9 dienen. Die Zone 2a z.B. lässt eine recht

inhomogene Bebauung zu. Sie wäre eigentlich dafür gedacht, ein gutes Wohnumfeld zu gewährleisten. Die Mischung aus Einzel- und Doppel-EFH und mit Wohnblöcken ergibt ein Durcheinander, welches dem Gesamtbild nicht förderlich ist. Ein typenfremdes Haus kann den Charakter einer ganzen Strasse verändern. Die flächendeckende Anwendung der maximalen Ausnutzungsziffer trägt ebenfalls dazu bei und ist sicher auch nicht im Sinne des Baum- und Grünschutzes. Ob es um diese Entwicklung aufzuhalten spezielle Zonenordnungen, Anreize oder andere Interpretationen der bestehenden Gesetze braucht, sollte geprüft werden.

§1, Abs. c BPG fordert die "Erhaltung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in der Stadt Basel und den Landgemeinden". Die Stadtbildkommission jedoch verbeisst sich gerne in Kleinig- und Kleinlichkeiten und lässt die Konsequenz bei Veränderungen im grossen Stil vermissen. Die Gesetzgebung wird somit zur Worthülse.

Die Anzugsteller bitten die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie durch Baugesetzgebung oder deren Interpretation die Entwicklung zur "Verdichtung" bei der Arbeit und ein Erhalt von grosszügigem Wohnen gefördert werden kann, bevor schöne Wohnquartiere verloren gegangen sind.

Thomas Mall, Thomas Müry, Patricia von Falkenstein, Oswald Inglin, Michael Wüthrich, Stephan Luethi-Brüderlin, Andreas Zappalà, Lorenz Nägelin, Thomas Grossenbacher, Rolf von Aarburg, Conradin Cramer

**b) Anzug betreffend Verlängerung der Buslinie 38 von Allschwil via Neuweilerplatz zum Bahnhof SBB**

13.5017.01

Mit der Erteilung des 7. Generellen Leistungsauftrages im Bereich des öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2014 bis 2017 soll im Rahmen der Neukonzeption der Buslinien der Bus 38 von der heutigen Endstation in Allschwil bis zur Tramlinie 8 an der Neuweilerstrasse verlängert werden.

Mit der Anbindung an die Linie 8 wird für die Weiterfahrt in Richtung Bahnhof ein Umsteigen erforderlich. Ein echtes Bedürfnis unserer Nachbargemeinde ist seit langem eine direkte ÖV-Verbindung von Allschwil Dorf zum Bahnhof SBB.

Mit einer Weiterführung der Buslinie via Neuweilerplatz, Holestrasse, Dorenbach-Viadukt, Margarethenstrasse zum Bahnhof SBB könnte eine attraktive Direktverbindung umgesetzt werden. Dabei wäre eine Endstation z.B. bei der Meret Oppenheim-Strasse prüfenswert, so dass auch dieser Zugang zum Bahnhof SBB mit einer Busverbindung erschlossen wäre.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, ob eine Verlängerung der Buslinie 38, von Allschwil kommend, via Neuweilerplatz zum Bahnhof SBB, mit eventueller Anbindung bei der Meret Oppenheim-Strasse, ermöglicht werden kann.

Im Landrat Basel-Landschaft und im Einwohnerrat Allschwil wurde je ein gleichlautender Vorstoss eingereicht.

Markus Lehmann, Beat Fischer, Oswald Inglin, Christian Egeler, Ernst Mutschler, Lukas Engelberger, Heiner Vischer, Thomas Strahm, André Weissen, Helen Schai-Zigerlig, Emmanuel Ullmann, Christophe Haller, Bruno Jagher, Esther Weber Lehner

## Interpellationen

**a) Interpellation Nr. 1 zur Verbesserung des Rechtsschutzes der Sans-Papiers**

13.5015.01

In der Schweiz leben und arbeiten zwischen 70'000 und 300'000 Sans-Papiers. In grosser Mehrheit arbeiten sie unter sehr prekären Bedingungen in Haushalt und häuslicher Betreuung, im Weiteren im Gastgewerbe, in Landwirtschaft, Bau-, Reinigungs-, Sexgewerbe. Schätzungen deuten darauf hin, dass im Kanton Zürich 5,8 Prozent aller Haushalte auf die Mithilfe von Sans-Papiers, vor allem Frauen, angewiesen sind. Durchschnittlich ist dabei eine Hausangestellte in 4,3 Haushalten mit Arbeiten in Hauswirtschaft und Betreuung tätig. Zu einem grossen Teil handelt es sich um Menschen, die in ihrem Herkunftsland eine qualifizierte Ausbildung absolviert hatten. Sie verzichteten oftmals bei uns auf elementarste Bedürfnisse, um zu Hause ihre Angehörigen zu unterstützen.

Die Sans-Papiers kommen aber nicht nur unter dem Druck der Not in den Herkunftsgebieten zu uns. Sie kommen auch, weil sie in unserer Mitte gebraucht werden. Wie in der Studie "Wisch und Weg" von Alex Knoll, Sarah Schilliger, Bea Schwager (Seismo-Verlag 2012) zum Ausdruck kommt, führte bei uns die wachsende Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt ohne entsprechende Übernahme der häuslichen Aufgaben durch die Männer zu wachsenden Versorgungslücken in den Haushalten. Dies bildet eine wichtige Ursache für die weiterhin wachsende Nachfrage nach Sans-Papiers. Sans-Papiers werden im Weiteren nachgefragt in den Bereichen des Arbeitsmarktes, welche von Menschen mit regulären Bewilligungen weitgehend übergangen werden.

Oft verbringen Sans-Papiers grosse Teile ihres Lebens mit unregelmässiger Arbeit. Sie leben in ständiger Angst, entdeckt und ausgewiesen zu werden. Zu den schlimmsten Aspekten ihres Lebens gehört es, dass sie die Rechte, die sie als Menschen haben, nicht vor den zuständigen Gerichten und Behörden verteidigen können. Denn wenn sie

dies versuchen, müssen sie mit der Verzeigung bei den Migrationsämtern rechnen. Dies führt zur faktischen Rechtlosigkeit, dies im Widerspruch zu Art. 6 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren, Recht auf wirksame Beschwerde) und zu den Bestimmungen der Schweizerischen Bundesverfassung Art. 29 (allgemeine Verfahrensgarantien unter Einschluss des rechtlichen Gehörs), Art. 29a (Rechtsweggarantie), Art. 30 (Garantie unabhängiger gerichtlicher Verfahren). Die faktische Rechtlosigkeit der Sans-Papiers unterwandert auch die Ziele der flankierenden Massnahmen zu den bilateralen Verträgen mit EU/EFTA, die Lohndumping-Effekte von Zuwanderung unter ungeregelten Bedingungen zu überwinden. Mit dem Dumping sind alle Arbeitnehmenden, besonders in den Branchen mit prekären Bedingungen, und die gesetzestreu Arbeitgebenden im Nachteil.

Zu den Zielkonflikten zwischen den Meldepflichten und der Wahrung der Menschenrechte der Sans-Papiers äussert sich der Regierungsrat in seinem Bericht vom 7. August 2012 zum Anzug von Thomas Mall, ohne zu einem konkreten Ergebnis zu kommen. Dabei verweist er auf den Statusbericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 9. Mai 2012. Immerhin steht jetzt glücklicherweise fest, dass in der ganzen Schweiz ab 1. Februar 2013 junge schriftenlose ausländische Menschen eine berufliche Grundbildung in der Schweiz absolvieren dürfen. Bereits seit einiger Zeit durften solche Jugendliche im Interesse des Rechts auf Bildung obligatorische Schulen, weiterführende Schulen und Hochschulen besuchen. Dies alles stimmt überein mit der Standesinitiative von Basel-Stadt vom 29. Juni 2010 und der Motion von Nationalrat Luc Barthassat vom 2. Oktober 2008.

Im Sinne dieser Ausführungen stelle ich folgende Fragen:

1. Wie können die rechtlichen Verfahrensgarantien in Artikel 6 und 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Artikel 29ff. der Bundesverfassung auch gegenüber Sans-Papiers sichergestellt werden?
2. Drängt sich nicht in diesem Sinne die Folgerung auf, dass Sans-Papiers ihre Rechte müssen verteidigen können, ohne deswegen die Anzeige bei den Migrationsämtern riskieren zu müssen? In diesem Sinne bedürfen auch Artikel 97 des Eidgenössischen Ausländergesetzes und Artikel 82 der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) der verfassungs- und menschenrechtskonformen Interpretation.
3. Drängt sich nicht besonders in den Bereichen der Hauswirtschaft die verbesserte Durchsetzung der allgemeinen arbeitsrechtlichen Regeln, unter anderem des Schutzes vor Berufskrankheiten und Unfällen und des Rechts auf faire Löhne, Ferien, Erholung, geregelte Arbeitszeiten, auf?
4. Nach welchen Kriterien richtet sich heute die Praxis der Erteilung von Aufenthaltsrechten für Sans-Papiers in besonderen Härtesituationen? Sollten nicht auch junge Menschen, die in unserer Mitte Schulen und Ausbildung abgeschlossen haben, solche Bewilligungen erhalten?
5. Muss nicht in vermehrtem Masse der Arbeitsmarkt für Menschen aus Drittländern ausserhalb von EU/EFTA geöffnet werden, damit nicht die einzige Zutrittschance für tatsächlich benötigte Arbeitsverhältnisse stets von neuem durch die Illegalität führt?

Jürg Meyer

**b) Interpellation Nr. 2 betreffend Krankenkassen-Prämiendefizit im Kanton Basel-Stadt**

13.5016.01
------------

Einige Kantone in der Schweiz haben seit 1996 mehr Prämien für die Krankengrundversicherung bezahlt, als die Versicherer der entsprechenden Kantone an Gesundheitsleistungen bezogen haben. Die Ende 2012 vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) publizierten Zahlen weichen stark von den im Februar 2012 dokumentierten Beträgen ab. Der Grund dafür liegt in der veränderten Berechnungsmethode des BAG. Die ursprüngliche Berechnungsmethode bezieht verschiedenste Kennzahlen ein, nach der neuen Methode wird nun nur noch das Verhältnis zwischen Leistungskosten und Prämien sowohl für jeden Kanton als auch für die ganze Schweiz berechnet.

Im Kanton Basel-Stadt hat dies dazu geführt, dass mit der neuen Berechnung der Überschuss von 51 Mio. Franken in ein Defizit von 73 Mio. Franken umgewandelt wurde.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb wurde vom BAG eine neue Berechnungsmethode eingeführt?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die neue Berechnungsgrundlage des BAG?
3. Wie erklärt sich der Regierungsrat, dass die Versicherten von Nettozahlern zu Nettobezüglern wurden?
4. Gedenkt sich der Regierungsrat gegen diese neue Berechnungsmethode auszusprechen?
5. Gibt es in Zukunft Möglichkeiten, diese Betragsdifferenzen frühzeitiger zu erkennen, damit Nachzahlungen oder Rückererstattungen innerhalb einer Jahresfrist beglichen werden können?

Otto Schmid



**c) Interpellation Nr. 3 betreffend betreffend der Seriosität bei der Deponiesanierung Feldreben im Zusammenhang mit der personellen Besetzung der Geschäfts- bzw. Projektleitung**

13.5052.01

Die Gefährdung des Basler Trinkwassers (siehe GPK-Berichte dazu) durch den in der Deponie Feldreben gelagerten Sondermüll ist Grund dieser Anfrage. Der Kanton Basel-Stadt darf in dieser Frage nicht passiv und zurückhaltend sein, geht es doch auch um die Gesundheit seiner Bevölkerung.

In der Deponie Feldreben haben die Vorgängerfirmen von Novartis, BASF und Syngenta bis 1957 nach eigenen Schätzungen 14-25'000 Tonnen meist hochgiftigen Chemieabfall abgelagert. Nach dem Ablagerungsverbot von 1957 wurde die Grube mit Aushub, Bauschutt und Hauskehrichtaufgefüllt. Die technischen Untersuchungen und die Gefährdungsabschätzungen wurden Ende 2007 abgeschlossen. Der Schlussbericht über die Untersuchungen Feldreben geht von einem Sanierungsbedarf aus.

Das Amt für Umweltschutz und Energie Baselland führt seit Herbst 2008 Rund-Tisch-Gespräche über die Ausgestaltung und Durchführung der Sanierung durch.

Gemäss Medienberichten vom 23. Januar 2013 wirft die Allianz Deponien Muttenz Fragen zur Besetzung der Projektleitung der Deponiesanierung Feldreben in Muttenz auf. (Franziska Ritter ist Geschäftsleitungsmitglied und vom Runden Tisch angestellte Koordinatorin. Gleichzeitig ist sie jedoch Verwaltungsratspräsidentin der BCI Betriebs AG, die im Namen der drei Konzerne BASF, Syngenta und Novartis die Chemiemülldeponie Bonfol im Kanton Jura ausbeut. Mitglieder des BCI-Verwaltungsrates von Novartis und Syngenta sitzen aber auch in der Technischen Fachkommission Feldreben, die Chemiemüll der beiden Firmen enthält. Diese Fachkommission berät den Runden Tisch). Basel-Stadt ist in diesen Gremien ebenfalls vertreten.

Diese Interessenkonflikte im Zusammenhang mit der Finanzlage des Kantons Baselland lassen befürchten, dass es nicht zu einer für die Umwelt (und damit für das Basler Trinkwasser) optimalen Sanierung sondern zu einer möglichst kostengünstigen Sanierung kommen kann. (Der Kanton Baselland hat die Deponie gekauft.) Je nach Sanierungskonzept wird diese bis zu 650 Mio Franken kosten.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Seit wann wissen die Vertreter von Basel-Stadt von den mehrfachen Jobs Ritters und ihrer VR-Kollegen? Wurde Basel-Stadt darüber in Kenntnis gesetzt? Wann und wie?
2. Was hält die Regierung von den von ADM beschriebenen Interessenkonflikten? Würde sie ähnliche Konstrukte wie in Muttenz für Baselstädtische Projekte zulassen?
3. Kennt die Regierung andere Grossprojekte, wo die Chemie- und Pharmafirmen ähnlich durchsetzen Einfluss nehmen?
4. Wie kann durch Basel-Stadt garantiert werden, dass die Interessenkonflikte zwischen dem Kanton Basel-Landschaft und den involvierten Chemie- bzw. Pharmaunternehmen nicht zu einer Minimallösung bei der Sanierung der Deponie und damit zu einer längerfristigen Gefährdung des Basler Trinkwassers führt?
5. Wie ist der Kanton Basel-Stadt in den Entscheidungsfindungsprozess der Sanierungsmassnahmen involviert? Welchen Einfluss hat er auf den Entscheid?
6. Welche Garantien können in obigem Zusammenhang für den Schutz des Basler Trinkwassers eingefordert und durchgesetzt werden
7. Wegen der Finanzlage des Nachbarkantons und dessen allfällige Kostenbeteiligung an der Sanierung ist zu befürchten das diese Mittel anderweitig (beispielsweise bei gemeinsamen Projekten mit Basel-Stadt) eingespart werden. Wie kann sich Basel-Stadt dafür einsetzen, dass die Kosten vollumfänglich von den Verursachern getragen werden?
8. Wie gross ist die Gefahr, dass Basel-Stadt aus den Baselbieter personellen Verflechtungen Kosten entstehen?
9. Da Basel-Stadt in diesem Gremium vertreten ist, stellt sich die Frage: entspricht die personelle Besetzung den Vorgaben des Regierungsrates bezüglich Corporate Governance?

Michael Wüthrich

**d) Interpellation Nr. 4 betreffend Lastwagenverkehr Hörnliallee / Grenzacherstrasse**

13.5053.01

Mehrere Betriebe in Grenzach-Wyhlen und Rheinfeldern-Herten verursachen einen erheblichen Ziel- und Quellverkehr von Lastwagen auf der Hörnliallee und der Grenzacherstrasse. Seit mehreren Jahren bringt das Baustoffrecyclingwerk und das Asphaltmischwerk der Firma Tozzo, welche ausschliesslich für den Schweizer Markt arbeitet, sowie die Verfüllung und Ablagerung einer Grube in Kiesgrube in Herten viel Lastwagenverkehr. Die Firma Grieshaber erstellt im Moment an der A 98 bei Herten ein regionales Logistikzentrum auf insgesamt über 50'000 Quadratmetern Fläche. Zudem ist im Industriequartier von Grenzach geplant, die Sondermüll-Recyclingfirma Zimmermann anzusiedeln. Schliesslich ist die Strecke unter regionalen Lastwagenführern bekannt für Leerfahrten. Insgesamt sind die Grenzacherstrasse und die Hörnliallee dadurch sehr stark vom Lastwagenverkehr belastet.

Ursache der regelmässigen und zeitweise stark gehäuften Nutzung der Grenzacherstrasse und Hörnliallee durch

Lastwagen sind die Staus am Autobahnzoll Rheinfelden A 98 und auf der Schweizer Autobahn bei der Hagnau. Nicht nur für die Leerfahrten ist die vereinfachte Regelung am Zoll Grenzacherhorn massgebend, wonach im Gegensatz zu den Autobahnzollämtern das Einwerfen einer Selbstdeklaration für die Abwicklung der Zollformalitäten ausreichend ist. Der Stau auf den oben genannten Autobahnabschnitten ist mittlerweile so regelmässig geworden, dass die Umwegfahrten geradezu zur Gewohnheit geworden sind.

Sowohl die Grenzacherstrasse wie auch die Hörnliallee auf Gemeindegebiet von Riehen liegen im Perimeter der Wohnstadtplanung "Basel Ost". Mittelfristig soll hier ein neues Wohngebiet entstehen und durch die Aufwertung des Rheinraumes sowie von parkartigen Zwischenräumen neben den Wohntürmen ein Naherholungsgebiet gestaltet werden. Die Verkehrssituation wird sich dadurch verändern und der Durchgangsverkehr von Lastwagen wird in diesem neuen Wohngebiet unerwünscht sein.

Nach wie vor bestehen in Grenzach-Wyhlen seit 1938 die Pläne eines kreuzungsfreien Ausbaus der B 34 mittels einer Ortsumgehungsstrasse. Zwar hat die Landesregierung Baden-Württemberg dieses Vorhaben neulich in seiner Wichtigkeit und Dringlichkeit herabgestuft und auf einen unbestimmten Zeitpunkt in die Zukunft verschoben. Aber massgebende Kreise in der Gemeinde halten an diesem Vorhaben mit Nachdruck fest. Die Umgehungsstrasse, welche auf 70 km/h ausgelegt wird, würde noch vermehrt Verkehr anziehen und am Zoll Grenzacherhorn auf das baselstädtische Verkehrsnetz bringen. Eine grenzüberschreitende Abstimmung der oben genannten Planungen in Basel und Riehen bzw. in Grenzach-Wyhlen und Herten-Rheinfelden ist deshalb zwingend nötig geworden. Basel-Stadt hat mit seinem neuen Parkplatzregime und der Ermöglichung einer neuen, sehr attraktiven Buslinie Nr. 38 von Grenzach-Wyhlen durch die Innerstadt und nach Allschwil bewiesen, dass es für die Ziele der Verkehrsreduktion auf seinen Strassen bedeutende Massnahmen ergreift.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind dem Regierungsrat die statistischen Zahlen zum Lastwagenverkehr in der Grenzacherstrasse und Hörnliallee bekannt? Falls keine Statistik bisher erhoben worden ist, gedenkt der Regierungsrat eine solche in Zukunft, und wann, durchzuführen?
2. Sind dem Regierungsrat statistische Auswertungen über die Leerfahrten von Lastwagen beim Zoll Grenzacherhorn bekannt, welche aufgrund der Formulare zur Selbstdeklaration dem Zollamt bekannt sein müssen? Wo sind die Quellorte und wo die Zielorte des Leerfahrten-Lastwagenverkehrs am Zoll Grenzacherhorn aufgrund der Zolldokumente?
3. Eine der Ursachen des erhöhten Lastwagenverkehrs auf der Grenzacherstrasse und der Hörnliallee ist auch die Klassifizierung der Zollanlage Grenzacherhorn als Nebenzollstelle (ohne regelmässige Kontrolle). Wird diese Klassifizierung auch in Zukunft beibehalten oder setzt sich der Regierungsrat bei den eidgenössischen Zollbehörden für eine Veränderung am Zoll Grenzacherhorn ein?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat die Auswirkungen der zunehmend häufigen Staus auf der Autobahn bei der Hagnau und bei den Zollämtern Weil und Rheinfelden auf das Lastwagen-Verkehrsaufkommen im städtischen und kommunalen Strassennetz und auf die Grenzacherstrasse und Hörnliallee insbesondere?
5. Beim Lastwagenverkehr aus Grenzach-Wyhlen handelt es sich z.T. auch um Gefahrgütertransporte. Falls die Firma Zimmermann in Grenzach angesiedelt würde, wird der Anteil von Gefahrgütertransporten noch erheblich zunehmen (Schätzung: täglich 80 LKW-Fahrten). Sind die Sicherheitsvorkehrungen für Chemie-Havarien auf der Grenzacherstrasse und der Hörnliallee ausreichend gut? Und welche Sicherheitsstandards sind im Rahmen der Planung einer Strassenverlegung bei der Realisierung der Wohnbebauung "Basel Ost" vorgesehen?
6. Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, durch verkehrlenkende und -leitende Massnahmen oder durch spezifische Verbote den grenzüberschreitenden Lastwagenverkehr auf der Grenzacherstrasse und Hörnliallee zu plafonieren oder gar zu verhindern?
7. Hat der Regierungsrat dafür gesorgt, dass die Gemeindebehörden von Grenzach-Wyhlen in einem förmlichen Sinn in Kenntnis gesetzt worden sind von seinem Vorhaben einer Wohn- und Erholungszone "Basel Ost"? Wurde der Konfliktpunkt Umgehungsstrasse B 34, welche Mehrverkehr in das neue Wohngebiet "Basel Ost" lenken würde, angesprochen und verhandelt?

Elisabeth Ackermann

#### e) Interpellation Nr. 5 betreffend Foltermethoden im Basler Gefängnis

13.5058.01
------------

Grossrat Eric Weber wurde in U-Haft gesteckt, für fast eine Woche, um ihn am Wahlkampf zu hindern, um ihn unter 4% zu drücken. Eric Weber wurde in eine Zelle mit einem schweren Raucher gesteckt. Dieser Kettenraucher rauchte am Tag und in der Nacht. An der Zellentür stand: Raucher.

Eric Weber hat um Verlegung gebeten. Er bekam nie eine Antwort. Da er keine Luft mehr bekam, verlangte er nach einem Arzt. Schriftlich. Während vier Tagen kam kein Arzt. Er wurde massiv geschädigt und beklagt heute Atemnot.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Warum wurde dem Verlegungswunsch nicht statt gegeben, obwohl noch freie Einzelzellen da waren?
2. Falls dies nicht der Fall sein sollte, warum wird Nicht-Raucher nicht mit Nicht-Raucher zusammen gelegt?

3. Sollten keine freien Einzel- oder Nichtraucherzellen zur Verfügung gestanden sein, wieso werden Raucherzellen nicht zu Nichtraucherzellen deklariert?
4. Warum kam kein Arzt, während vier Tagen, obwohl Eric Weber über Atemnot sich öfters beklagte?
5. Warum ist das Essen meistens kalt?
6. Warum gibt es zum Frühstück nur ein Brötli?
7. Warum darf überhaupt geraucht werden, in der U-Haft? Ist das nicht verboten?
8. Eric Weber konnte sich eine Woche lang nicht rasieren und konnte auch keine Kleider wechseln. Warum ist das so?
9. Wie lange muss man in der U-Haft sein, bis man sich rasieren kann und bis man frische Kleider anziehen kann?
10. Warum werden Briefe aus der U-Haft nur mit B-Post verschickt?

Eric Weber

**f) Interpellation Nr. 6 betreffend Darstellung der Situation von süchtigen Menschen in Basel**

13.5069.01

Am 30. Januar 2013 strahlte Telebasel eine Report-Sendung aus, welche sich mit der Situation von Süchtigen und dem Handeln von Drogen bei den Kontakt- und Anlaufstellen (K&A) befasste.

Die Reportage scheint mit unkorrekten Angaben bespickt zu sein und hinterlässt Fragen. Der einseitige und populistische Fernsehbeitrag kann von der Regierung nicht kommentiert werden, sehr wohl kann die Regierung aber auf ein paar inhaltlich falsche Aussagen und zum Betäubungsmittelgesetz des Bundes, welches 2011 durch das Schweizervolk angenommen wurde, antworten. Seit dieser Annahme des Gesetzes ist der Kanton verpflichtet, die 4-Säulen-Politik durchzuführen. Dies beinhaltet auch die Säule Schadensminderung und Überlebenshilfe.

Drogenabhängige Menschen, welche legale oder illegale Substanzen konsumieren wird es immer geben. Die Frage ist immer, wie wir als Gesellschaft damit umgehen und welche Abhängigkeitsformen wir tolerieren und welche nicht.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist es möglich, dass Telebasel zu Aufnahmen vom Vorplatz der K&A auf privatem Grund kommt?
2. Lässt der Regierungsrat die Verletzung des Persönlichkeitsschutzes der Betroffenen zu (Konsumierende und Namen von Patienten waren sichtbar)? Und wie steht es mit dem Persönlichkeitsschutz, von Mitarbeitenden von vom Kanton subventionierten Institutionen?
3. Wie stellt sich die Regierung dazu, dass eine 25 Minuten lange Report-Sendung einen Sachverhalt konsequent einseitig darstellt und objektive einfach zugängliche Informationen unberücksichtigt bleiben? Besteht hier nicht der Verdacht auf bewusst manipulative Berichterstattung?
4. Wie schätzt die Regierung derzeit die gesamte Drogenszene in Basel ein? Welche Rolle spielen die K&A dabei und welchen Auftrag haben sie?
5. Hat sich die 4-Säulenpolitik in Basel bewährt?
  - a) Wie hat sich die Gesamtsituation für die Betroffenen und auch die Bevölkerung im öffentlichen Raum verändert?
  - b) Gibt es im Kanton Basel-Stadt genügend Unterstützung für Personen mit einer Drogenabhängigkeit zur Behandlung und Integration?
6. Gibt es Bestrebungen die 4-Säulenpolitik in Basel zu ändern?
7. Ist es korrekt, dass es im Monat Januar 7 Drogentote (Drogenabhängige, welche durch eine Überdosis verstarben) im Kanton Basel-Stadt gab?
8. Mit welchen Mitteln wird der für die Betroffenen notwendige Drogenhandel für den Eigenbedarf gesteuert?

Beatriz Greuter

**g) Interpellation Nr. 7 betreffend BKB – "Schuld und Sühne"?**

13.5070.01

In ihrer Medienmitteilung vom 23.10.12 zur ASE-Affäre teilt die BKB u.a. mit:

"Voraussichtlich werden weder die ASE noch ihre Organe in der Lage sein, die von ihnen verursachten Verluste zu decken. Als Ausdruck des Prinzips, ein fairer Geschäftspartner zu sein, wird sich die BKB deshalb gegenüber Ersatzbegehren von Kunden der ASE kulant zeigen. Sie ist bestrebt, sich mit ihren Kunden über eine Schadensbeteiligung gütlich zu einigen. Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass die Kunden eine erhebliche Eigenverantwortung für ihren Schaden trifft, haben sie doch die ASE ausgewählt und mandatiert. Die BKB anerkennt jedoch keine Haftpflicht, sondern lebt ihr Verständnis von "fair banking"\* vor. [...] Die BKB hat indessen keine

Anzeichen, dass ihre Mitarbeitenden im Zusammenhang mit der ASE gegen Strafbestimmungen verstossen haben."

Es geht der BKB also offensichtlich darum, ihre Verwicklung in die ganze Angelegenheit "kulant" zu lösen. Sie hat dafür im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 CHF 50 Mio. zurückgestellt. Diese Rückstellung soll keinen Einfluss auf die Gewinnausschüttung an den Kanton haben – sehr wohl hat sie (und wird auch in Zukunft haben) einen Einfluss auf den Wert der Bank einerseits und auf Wert bzw. Dividende der Partizipationsscheine andererseits.

Die BKB hat nebst dieser Rückstellung verschiedene weitere Konsequenzen gezogen, auch personelle. Diese weiteren Konsequenzen sollen nicht Gegenstand der vorliegenden Interpellation sein, sehr wohl aber die finanziellen. Zudem stellt sich der Interpellant die Frage, inwiefern der Bankrat für die ganze Problematik verantwortlich ist.

Der Interpellant bittet die Regierung deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung die hohe Rückstellung der BKB?
2. Ist die Regierung der Ansicht, dass die BKB auch dann Zahlungen an geschädigte Kunden leisten soll, wenn keine rechtliche Verpflichtung dazu besteht, wie dies offenbar vorgesehen ist?
3. Ist es korrekt, dass die genannte Rückstellung keinen Einfluss auf die nächste Gewinnausschüttung an den Kanton hat?
4. Welche Wirkung ist – bei teilweiser oder vollständiger Nutzung der Rückstellung für Zahlungen an geschädigte Kunden – auf kommende Gewinnausschüttungen an den Kanton zu erwarten?
5. Welche weiteren Wirkungen finanzieller Art hat die Rückstellung (bzw. haben daraus geleistete Zahlungen) für den Kanton?
6. Wie beurteilt die Regierung die negativen Wirkungen für PS-Inhaber (Wert, Dividende), insbesondere vor dem Hintergrund, dass offenbar auch Zahlungen ohne rechtliche Verpflichtung geleistet werden sollen?
7. Wie beurteilt die Regierung die Verantwortlichkeit des Bankrates in dieser ganzen Angelegenheit (v.a. Zusammenarbeit BKB und ASE, offenbar ungenügende Durchsetzung interner Vorschriften in der BKB, geplante Schadensregulierung) und welche Konsequenzen sind daraus ziehen?

Patrick Hafner

#### **h) Interpellation Nr. 8 betreffend brisante Informationen auf dem neuen Geoviewer**

13.5071.01
------------

Seit September 2012 ist das neue Geoinformationsrecht in Kraft. Aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips werden die Geodaten des Kantons öffentlich gemacht. Allerdings nur, soweit nicht überwiegende Interessen entgegenstehen (§11 des Geoinformationsgesetzes). Vor der elektronischen Veröffentlichung müssen die daraus entstehenden möglichen Auswirkungen auf die Betroffenen geprüft werden (§12 des Geoinformationsgesetzes).

Der Stadtplan, welcher vom Kanton herausgegeben wird, existiert bereits seit längerem. Neu beinhaltet der im Internet aufgeschaltete "Geoviewer" allerdings auch ein paar brisantere und datenschutztechnisch heiklere Daten als Wohnungsgrössen oder den genauen Standort einer Abwasserleitung. Es sind dies insbesondere die nach Strassenzügen aggregierten statistischen Angaben zu Reineinkommen, Reinvermögen und Sozialhilfe der Einwohnerinnen und Einwohner. Jedermann kann nun also herausfinden, in welchen Strassenzügen (die teils nur wenige Häuser umfassen) wie viele Sozialhilfeempfänger leben oder wie hoch das durchschnittliche Einkommen dieser Haushalte ist. Einige Strassenzüge (etwa auf dem Münsterhügel) sind allerdings "aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen".

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist es in der Beurteilung des Regierungsrats rechtlich zulässig, Daten über Sozialhilfeempfänger, Reinvermögen und Reineinkommen im Geoviewer auszuweisen? Auf welche gesetzliche Grundlage stützt er sich dabei, und worin sieht der Regierungsrat das öffentliche Interesse an der Veröffentlichung der besagten Daten?
- Wurde vor der Veröffentlichung eine Vorabkontrolle durch den Beauftragten für den Datenschutz durchgeführt, wie in §12 Abs. 2 des Geoinformationsgesetzes vorgesehen? Falls ja, wie lautete die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten?
- Aus welchen Gründen werden die Daten nicht für die gesamte Bevölkerung ausgewiesen? Nach welcher Methode wurde diese Abgrenzung vorgenommen?
- Besteht die Möglichkeit, seine eigenen Daten aus dem Geoviewer löschen zu lassen?
- Wurde bei der Erfassung der Daten bedacht, dass durch den Geoviewer sicherheitsrelevante Angaben den Weg in die Öffentlichkeit finden könnten, die beispielsweise einem potentiellen Einbrecher bei der Objektauswahl eine Hilfe sein könnten?

Lukas Engelberger

## Schriftliche Anfragen

### a) Schriftliche Anfrage betreffend illegale Plakatierungen

13.5055.01

Dem Antragsteller sind verschiedene Formen von Werbung im öffentlichen Raum aufgefallen, die illegal oder mindestens unerwünscht sind:

- a) An verschiedenen Orten in der Stadt - so z.B. auch an der dreiseitigen, blauen Informationstafel (Stadtplan etc.) auf dem Marktplatz - wurde über eine längere Zeit und wiederholt eine Werbung eines Autohändlers angebracht, welche Bezug zu einzelnen Politikern hatte (letzte Feststellung ca. KW47/2012).
- b) Trotz angeblich zu wenigen Möglichkeiten für Kleinplakate (Anzug Tobit Schäfer 08.5062; Interpellation Kerstin Wenk 12.5075) wurden im Wahlkampf für den Grossen Rat Plakatstellen der Firma Kulturbox für Wahlwerbung eingesetzt. Auch für den zweiten Wahlgang Regierungsrat wurde über diesen Kanal Wahlwerbung gemacht statt für Kultur geworben.
- c) Den in der Interpellation von Kerstin Wenk (12.5075.02) behaupteten und von der Regierung bestätigten Rückgang von illegalen Kleinplakaten kann der Antragsteller nicht feststellen - eher im Gegenteil.
- d) Dem Antragsteller ist zugetragen worden, dass etliche "kulturelle Kleinplakatierungsstellen" ([www.tiefbauamt.bs.ch/themen/thema527.htm](http://www.tiefbauamt.bs.ch/themen/thema527.htm)) nicht den vorgesehenen Zielgruppen zur Verfügung stehen, sondern von kommerziellen Organisationen bewirtschaftet werden.

Aus diesem Grund bittet der Antragsteller die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was gilt in rechtlicher Hinsicht bezüglich der oben genannten Feststellungen a und b? Handelt es sich um unerwünschte oder illegale Erscheinungen?
2. Ob unerwünscht oder illegal - was gedenkt die Regierung dagegen zu unternehmen?
3. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen gegen die offenbar wieder zunehmende illegale Plakatierung (c)?
4. Zu d: Wie wird sichergestellt, dass die genannten Kleinplakatierungsstellen wirklich den vorgesehenen Zielgruppen zur Verfügung stehen?

Patrick Hafner

### b) Schriftliche Anfrage betreffend Kundenfreundlichkeit Parkhaus City

13.5056.01

Nach einigen früheren Diskussionen mit den Verantwortlichen, die leider nichts gefruchtet haben, stellt der Unterzeichnete der Regierung folgende Fragen zur Kundenfreundlichkeit des Parkhauses City:

1. Die Preisbekanntgabeverordnung schreibt in Art. 10 vor, dass für das "Parkieren und Einstellen von Autos" "die tatsächlich zu bezahlenden Preise in Schweizerfranken" anzugeben sind, und zwar gem. Art. 11 "leicht zugänglich und gut lesbar". Wie beurteilt es die Regierung vor diesem Hintergrund, dass die Preise für das Parkhaus City - Irrtum vorbehalten - nur an einer Stelle und verhältnismässig klein und schlecht lesbar angeschrieben sind?
2. Wie beurteilt es die Regierung insbesondere, dass beim Benützen eines Seitenausganges der Kunde die Preisliste gar nicht zu Gesicht bekommt?
3. Wie beurteilt es die Regierung, dass - ebenfalls trotz entsprechender Hinweise - ein Kunde die Preise nicht VOR Benützen des Parkhauses sieht und dass trotzdem keinerlei Hinweise auf die kostenfreie Ausfahrt innert einer gewissen Karenzzeit gegeben werden?
4. Gemäss Homepage der Parkhäuser Basel-Stadt hat das Parkhaus City im Sommer 2008 den European Standard Parking Award (ESP-Award) erhalten. Wie erklärt es sich die Regierung, dass trotzdem ausgerechnet die für Fussgänger vorgesehenen Bereiche mit einer bei Nässe speziell rutschigen gelben Farbe markiert sind?
5. Warum sind Hinweise, dass auch mit Euro bezahlt werden kann, nicht konsequent bei allen entsprechenden Angaben zu finden?
6. Wie ist es zu verstehen, dass die auf der vorerwähnten Homepage für Fragen betreffend Werbeflächen angegebene "Clear Channel Plakanda GmbH" im Handelsregister nicht zu finden ist? Wenn es sich aktuell um die "Clear Channel Schweiz AG" handeln sollte, dürften auch die angegebenen Telefonnummern falsch sein.
7. Ist die Regierung bereit, Kundenfreundlichkeit und Gesetzeskonformität (PBV) bei den vom Kanton selbst verwalteten Parkhäusern zu prüfen und gegebenenfalls zu verbessern?

Patrick Hafner

**c) Schriftliche Anfrage betreffend gefährlicher Dauer-Sperre der Gärtner-Brücke**

13.5057.01

Im Zusammenhang mit der Weiterführung der Tramlinie 8 nach Weil musste auch die Brücke über die Wiese bei der heutigen Tram-Endstation – die sogenannte Gärtnerbrücke – erneuert werden. Diese Erneuerung ist seit vielen Monaten beendet. Trotzdem ist die Brücke weiterhin gesperrt.

Für den Fussgängerverkehr wurde seitlich eine schmale Passage geöffnet. Diese wird allerdings auch immer wieder von Velo- und Mofafahrern benutzt, was zu gefährlichen Situationen für die zu Fuss Gehenden führt.

Die Absperr-Latten zur Hochbergerstrasse hin werden immer wieder entfernt oder verschoben. Da diese dann in die Fahrbahn ragen und Velofahrende für Automobilisten völlig unerwartet dort einbiegen, entstand ein weiterer Gefahrenpunkt.

Es stellen sich folgende Fragen:

1. Warum wird die fertige Brücke nicht endlich dem Verkehr übergeben?
2. Welches Verkehrsregime ist vorgesehen – in welchem Zeitplan?
3. Könnte im Sinne einer Sofortmassnahme nicht wenigstens das Befahren mit Zweirädern so geregelt werden, dass diese nicht sich selbst und andere in Gefahr bringen?

André Auderset

**d) Schriftliche Anfrage betreffend Politikverdrossenheit**

13.5061.01

Heutzutage ist die Politikverdrossenheit ein weitverbreitetes Phänomen geworden. Viele Bürger scheinen kaum interessiert an der Frage, wie ihre Gesellschaft gestaltet werden soll oder daran, wie sie selbst an diesen Gestaltungsprozessen teilnehmen können. Spektakelparteien wie die Piraten sind weniger ein Zeichen demokratischer Vitalität als Dekadenz.

So sinkt auch die Wahlbeteiligung in Basel. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Gibt es noch ein Jugendparlament? Wenn ja, wie setzt sich dieses zusammen? Kann auch die VA einen Sitz haben?
2. Was kann der Kanton BS tun, damit die Politikverdrossenheit nicht noch mehr zunimmt?
3. Der Wähler beklagt zu viele Abstimmungen. Kann man Abstimmungen zusammen legen? Wie ist hier die Regel?
4. Früher wurden viele Parlamente auf vier Jahre gewählt. Danach hat man gewechselt, auf fünf Jahre. So z.B. im Sächsischen Landtag, im Jahre 1994. Welche Wege müsste man in Basel konkret gehen, wenn man will, dass der Grosse Rat nur noch alle fünf Jahre gewählt wird?

Eric Weber

**e) Schriftliche Anfrage betreffend Neu-Grossräte sind nur Grossräte zweiter Klasse**

13.5062.01

Ein neuer Grossrat, nehmen wir meinen Fall, kann für den ersten Monat, wo er Grossrat ist, noch keinen Anzug oder Motion einreichen.

Ich selbst darf laut Gesetz erst zum 1. Februar 2013 Interpellation, Anzug oder Motion abgeben. Meine erste Interpellation wird noch im Februar behandelt. Aber Anzug oder Motion kommen frühestens im März dran.

Ein Grossrat aus der alten Legislaturperiode, der kann im Januar einen Anzug oder Motion einreichen. Dies wird dann auch im Februar behandelt. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Sieht der RR nicht auch die Problematik, dass man damit Grossräte der ersten und zweiten Klasse schafft? Denn alle Grossräte müssen doch gleich behandelt werden. Egal, ob diese schon dem alten Parlament angehört haben oder nicht.
2. Wenn der Regierungsrat nicht findet, dass es hier zu einer Ungleichheit kommt, wie könnte man denn eine Lösung, eine Verbesserung heranzuführen?
3. Warum durfte Grossrat Eric Weber für die Februar-Sitzung 2013 keine Motion und keinen Anzug einreichen?

Eric Weber

**f) Schriftliche Anfrage betreffend Regierungseinladung an die Fasnacht**

13.5063.01

Jedes Jahr sieht man beim Morgenstrach zahlreiche Leute am Fenster vom Rathaus stehen. Darunter sind immer Gäste, die der Regierungsrat eingeladen hat. Im Jahre 1993 war es so z.B. auch der Sächsische Innenminister Heinz Eggert aus Dresden. Wie mir dieser im Jahre 1996 sagte, bekam er mit seinem Gefolge keine Unterkunft mehr in Basel. Also ging er nach dem Morgenstreich nach Freiburg in ein Hotel. Heinz Eggert, als grosser Hoffnungsträger für Deutschland und auch als zukünftiger Bundespräsident gehandelt, musste aus seinem Amt zurücktreten. Es wurden Vorwürfe laut, er sei seinen Mitarbeitern zu nahe gekommen. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Wie verhält es sich mit der Einladungspraxis der Basler Regierung zur Basler Fasnacht? Was beinhaltet in der Regel ein solches Paket? Ist da keine Übernachtung dabei?
- Die Regierung hat jedes Jahr eine Liste für die Einzuladenden: Wie wird so eine Liste zusammen gestellt? Nach welchen Gesichtspunkten?
- Können auch einmal Grossräte an einer solchen Veranstaltung teilnehmen? Handelt es sich doch hier nicht nur um den Amtssitz der Regierung sondern auch um den Amtssitz des Grossen Rates.

Eric Weber

**g) Schriftliche Anfrage betreffend Freikarten für Grossräte**

13.5064.01

Als jüngster Basler Grossrat von 1984 bis 1992 bekam ich öfters über das Parlament, pro Jahr 10 Freikarten für das Theater, Freikarten für Wetten dass und für Holiday on Ice. Viele Jahre nicht mehr im Grossen Rat, sind uns nicht mehr die heutigen Sachen bekannt. Durch die Presse wurde bekannt, dass jeder Grossrat im Jahr 2006 ein Ticket für die Fussball-EM in Basel erhalten hat. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Bekommen die Grossräte pro Jahr immer noch 10 Freikarten für das Theater?
- Wenn nein, seit wann bekommen die Grossräte keine Freikarten mehr und seit wann ist dies der Fall?
- Für welche Veranstaltungen (z.B. Muba) bekommen die Abgeordneten Freikarten?
- Die Regierung bekommt zahlreiche Einladungen, kann diese aber nicht immer selbst annehmen, z.B. wegen Zeitnot. Bei einer Zeitung bekommt ein Chefredaktor oftmals sehr viele Einladungen und verteilt diese dann an die Journalisten. Kann der Regierungsrat analog einer Zeitung, die Einladungen auch an die Grossräte weiter geben?

Eric Weber

**h) Schriftliche Anfrage betreffend Personenschutz für RR Eymann**

13.5065.01

Durch die Presse war im Sommer 2012 zu entnehmen, dass RR Eymann Personenschutz bekommen hat. Auch andere Politiker im Kanton Basel haben teilweise mit anonymen oder nicht anonymen Tätern zu tun. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Aus welchen Gründen bekam Herr Eymann Personenschutz?
2. Wie viele Tage hatte er Personenschutz?
3. Wie teuer kam diese Aktion dem Kanton Basel zu stehen?
4. Was sind die Grundvoraussetzungen, dass ein Politiker Personenschutz bekommt?
5. Warum bekam Grossrat Eric Weber keinen Personenschutz für den 6. Februar 2012, obwohl er seit Monaten von einem Basler Ex-Polizisten bedroht, angegangen und mit Lügen überdeckt wird?

Eric Weber

**i) Schriftliche Anfrage betreffend kostenloses Tram für alle Parlamentarier**

13.5066.01

Immer wieder ist zu lesen und zu hören, dass man alles dafür tut, dass sich mehr Leute für die Politik interessieren. Die Realität sieht aber anders aus. Nur Basel hinkt hinterher. Alle Nationalräte können kostenfrei Bus und Tram fahren. Nur wir Grossräte können dies nicht. Eine frühere Anfrage von mir in dieser Sache, wurde abgelehnt. Zwischenzeitlich sind 20 Jahre vergangen. Neuer Anlauf jetzt.

Weltweit ist es normal, dass ein Abgeordneter für ein Gebiet für das er gewählt ist, in unserem Fall Basel, dort kostenfrei fahren kann.

Als Grossrat muss man viel recherchieren, damit man den Kanton kontrollieren kann. In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Kann der RR bitte dafür Sorge tragen, dass alle Grossräte kostenfrei das Tram und den Bus benutzen können?
2. Wenn dieser Dienst nicht eingerichtet wird, warum ist dies so?
3. Wenn ein Grossrat für seine Grossrats-Arbeit unterwegs ist, kann er die Tramfahrten bei einer Stelle in Rechnung stellen?

Eric Weber

**j) Schriftliche Anfrage betreffend Sicherheitsvorkehrungen beim Kanton Basel-Stadt**

13.5067.01

In der BZ Basel steht am 30. Oktober 2012, Seite 21, folgendes über mich: „Die Kantonsverwaltung hat in einigen Gebäuden extra seinetwegen die Sicherheitsvorkehrungen erhöht. Zu oft ist er unangemeldet in Amtsstuben aufgetaucht und hat mit wirren Schimpftiraden den Betrieb aufgehalten. Die Verwaltung hat wegen Webers Auftritten einige Türen mit Schlössern versehen, die früher frei zugänglich waren.“

All dies ist frei erfunden. Die BZ Basel teilte mir aber mit, dass dies der Kanton Basel-Stadt der Zeitung erzählt hat.

Am 3. November 2012 erschien in der BZ Basel folgende Stellungnahme von mir:

„Vom Kanton Basel-Stadt frei erfunden. Im Artikel steht, ich hätte Schimpftiraden in Amtsstuben von mir gegeben. Weiter heisst es: „Die Verwaltung hat wegen Webers Auftritten einige Türen mit Schlössern versehen, die früher frei zugänglich waren.“ Das ist nicht wahr. Welche Türen sollen das denn bitte sein? Und welches sind denn „einige Gebäude“, an denen es wegen mir Sicherheitsmassnahmen gab? Das stimmt alles nicht. Es wurde vom Kanton Basel-Stadt, dem Informationsgeber, frei erfunden. Als wieder gewählter Grossrat werde ich eine Interpellation einreichen, um zu erfragen, woher diese Falschinformationen kommen. Der Kanton muss dann mitteilen, dass diese Geschichte unwahr ist oder ganz klar Fakten und Tatsachen nennen, die es aber nicht gibt. Eric Weber, Grossrat, Basel.“

In diesem Zusammenhang sind bitte folgende Fragen an die Regierung angebracht:

1. Welche Türen sollen dies denn bitte konkret sein, die wegen mir mit Schlössern versehen wurden?
2. Und welches sind denn die einigen Gebäude? Ich war immer nur im Rathaus und sonst in keinem anderen Haus.
3. Was für Sicherheitsvorkehrungen wurden denn wegen mir gemacht?
4. In welchen Amtsstuben soll ich denn Schimpftiraden losgelassen haben?
5. Damit sich die Zeitung nicht weiterhin verschanzen kann und lapidar sagen kann, das hat die Kantonsverwaltung BS gesagt, ist folgende Frage mehr als angebracht: Wer ist denn beim Kanton überhaupt alles befugt, mit der Presse zu sprechen? Wie heissen diese Leute? Bitte um eine Auflistung aller Pressesprecher und solcher Leute, die eine Aussage-Genehmigung gegenüber der Presse haben. Danke.

Eric Weber

**k) Schriftliche Anfrage betreffend Skandal-Preise bei den Basler Fähren**

13.5068.01

Seit Jahren beklagen sich Einheimische und Touristen über unverschämte Preise bei den Basler Fähren.

Auch meine kleinste Tochter, kaum 2 Jahre, musste schon bezahlen. Daher ging ich der Sache auf den Grund und habe folgendes erfahren: Kinder unter 12 Jahren bezahlen 80 Rappen. Ab 12 Jahre bezahlen diese den vollen Preis.

Nur Kinder bis zu 2 Jahren sind kostenfrei. Auf die Weigerung für ein zweijähriges Kind zu bezahlen, meint der Fährmann, das geht nicht. Daraufhin schrieb ich schon vor Jahren an den Fähr Verein Basel und man hat mir 2009 versprochen, meine „Anfrage zum Anlass zu nehmen, dieses Thema gemeinsam mit der Stiftung aufzunehmen.“ Ich habe nie mehr was gehört.

1. Findet es der Regierungsrat nicht auch etwas frech, dass Kinder ab 2 Jahren schon für die Fähre zu bezahlen haben?
2. Man spricht immer von Einheitstarifen. Warum wird dies bei den Fähren nicht gemacht, analog der BVB, wo Kinder bis zum Alter von 7 kostenfrei fahren können?
3. Ab dem Alter von 12 muss ein Kind bei der Fähre schon voll bezahlen. Ist das richtig?
4. Es fällt auf, dass die Fährmänner viel Geld in die eigene Tasche stecken und dass nicht richtig abgerechnet wird. Wie viel verkaufte Fährfahrten gaben die Fähren im Jahr 2010 oder im Jahr 2011 an?
5. Pro Jahr fahren rund 2'300'000 Menschen mit der Fähre. Warum wurden denn für das Jahr 2009 nur 12'060 Fährfahrten versteuert?
6. Haben die Fähren Steuer-Sonderrechte in Basel? Wenn ja, warum?



Eric Weber

**l) Schriftliche Anfrage betreffend Aufnahmebedingung für die Berufsmatura**

13.5072.01

Für Jugendliche besteht heute die Möglichkeit, gleichzeitig mit der Berufslehre die Berufsmaturität zu absolvieren. Dass heisst, sie gehen in der Regel zwei Tage in die Schule und an drei Tagen sind sie im Betrieb, wo sie die praktische Arbeit erlernen. Nach Abschluss der Berufsmaturität steht ihnen der Weg an eine Fachhochschule offen. Schülerinnen und Schüler, die nach dem 9. Schuljahr prüfungsfrei in die Berufsmatura 1 (lehrbegleitend) übertreten möchten, müssen in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen (Durchschnitt aus Französisch und Englisch) einen Notendurchschnitt von 5.5 haben.

Im Gegensatz dazu kann man über die Wirtschaftsmittelschule und die Fachmaturitätsschule (FMS) eine Fachmaturität gelangen. Die Fachmaturitätsschule Basel bereitet in sechs verschiedenen Fachrichtungen auf ein Studium an einer Höheren Fachschule bzw. Fachhochschule vor. Um prüfungsfrei in die Fachmaturitätsschule eintreten zu können, ist ein Notendurchschnitt von 4.5 nötig.

Die Regierung wird deshalb gebeten zu prüfen und zu berichten:

- Wieso wird ein höherer Notenschnitt für die Berufsmaturität erwartet?
- Wie ist dieser grosse Unterschied in den Aufnahmebedingungen zu erklären?
- Ist es denkbar, die Aufnahmebedingungen anzupassen, dass für beide Angebote die selben Bedingungen bestehen? Was spricht dagegen?

Franziska Reinhard

**m) Schriftliche Anfrage betreffend korrekte Vergabe von Lotteriefondsgeldern?**

13.5073.01

Am 27.6.2012 wurde vom Regierungsrat ein Betrag von CHF 125'000 aus dem Swisslos-Fonds für den "Verein für die Durchführung der Zeitgenössischen Schweizer Tanztage BASEL" bewilligt.

Nach Medienberichten erscheint die lokale Tanzszene nur am Rande: Bei insgesamt 15 Produktionen sei nur eine Basler Choreografin und nur eine Basler Produktion dabei.

In diesem Zusammenhang ergeben sich aus Sicht des Anfragestellers folgende Fragen:

1. Sind die angeführten Informationen korrekt? Wenn nein: Inwiefern ist die lokale Tanzszene an den Basler Tanztagen beteiligt?
2. Wurden bei dieser Vergabung die in der (vom Regierungsrat selbst am 21.4.09 beschlossenen) Lotteriefonds-Verordnung festgehaltenen Grundsätze
  - "Die Finanzierung eines Projektes muss breit abgestützt sein, dabei werden Eigenleistungen berücksichtigt." (Paragraph 2, Abs. 4)
  - "Die Mittel sind zur Verwendung im Kanton selbst oder für einen in engem Bezug zum Kanton stehenden Zweck bestimmt. Die Mittel können in Absprache mit anderen Kantonen auch für Projekte mit regionaler und/oder nationaler Bedeutung eingesetzt werden; sie setzen zwingend die namhafte Beteiligung des jeweiligen Standortkantons voraus." (Paragraph 3, Abs. 1 und 2) eingehalten?
3. In Paragraph 5 der Verordnung ist festgehalten, dass vom Lotteriefonds "grundsätzliche keine Beiträge ausgerichtet" werden für "Institutionen jeder Art, die durch staatliche Mittel, zum Beispiel durch Subventionen, gefördert werden oder andere staatlich festgelegte Beiträge erhalten"; offenbar ist nun aber durch die bekanntlich nicht wenig subventionierte "Kaserne" Hauptveranstalterin (nebst weiteren, ebenfalls subventionierten Organisationen) - wie begründet die Regierung diesen offensichtlichen Verstoss gegen die eigene Verordnung?
4. In Paragraph 5 ist weiter festgehalten, dass ebenfalls keine Beiträge ausgerichtet werden an "Projekte, die zum Zeitpunkt der Gesuchseingabe bereits in Realisation sind" - ist es wirklich denkbar, dass ziemlich genau 6 Monate vor Durchführung die Basler Tanztage noch NICHT in Realisation waren?

Patrick Hafner